

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 22. Ersteht alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbenderstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3822.

Hamburg,
Sonnabend, 29. Mai 1909.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

23. Jahrg.

» Pfingstwunder. «

Von Blüten übersät das Tal
Aus Blatt und Zweig und Hülle
Brach auf in tausendfält'ger Zahl
Der Knospen bunte Fülle.
Es steht um uns in junger Pracht
Und glüht in allen Farben,
Und in den Halmen treibt's mit Macht
Zu körnerschweren Garben.

Die Lerche hebt sich jubelnd auf
Und preist der Erde Schöne,
Aus Busch und Wald und Feld hinauf
Schwingt sich der Chor der Töne.
Und wo du gehst und wo du stehst,
Will alles sich erheben.
Wo ist der Tod? Verweht, verweht!
Ningsum dir blüht das Leben.

Entfesselt ist die Wundermacht
An dieses Frühlings Stätten;
Die Freiheit schreitet durch die Pracht
Und spottet aller Ketten.
Die Freiheit wirft den goldenen Pfeil
Zauchzend in dunkle Lande;
Es blüht der Sonne helles Weil
Und sprengt die letzten Bande.

Heraus, du armes Menschenkind,
Aus deiner engen Hütte!
Sich hier, was reine Freuden sind,
Und stell dich in die Mitte.
Sang' ein, sang' ein den frischen Duft
In deine matte Seele
Und schmeiß' re in die blaue Luft
Den Staub aus deiner Kehle!

Es löse sich das Hohelied
Der Freiheit von den Zungen,
Dass es laudauf-, laudabwärts zieht,
Bis alle Welt bezwungen.
Es bringe in die Kammern ein,
Wo stille Dunkel hängen,
Es soll im Frühlingssonnenschein
Durch die Baläfte brausen.

Wo noch ein Unrecht hebt die Faust,
Soll unser Lied gewittern,
Dass es den Freblern hangt und graust
Und alle Kerker zittern.
Triumph dem freien Manneswort!
Das Recht euch, die sich mühen.
Die Wurzel der Gewalt verdorrt
Und u n r e Blumen blühen.

Die Wahrheit steigt von unten auf
Wie aus der dunklen Scholle
Sich Keim und Blüte ringt heraus
In dieses lebensvolle,
In dieses große, bunte Sein
Voll Sonnenglanz und Segen,
So reißt aus Dunkel, Kampf und Pein
Erlösung uns entgegen.

Die Freiheit! ... Uebersät das Tal
Von hoffnungshellen Sternen!
Wach auf, o Mensch, aus deiner Dual,
Von der Natur zu lernen.
Sie trieb empor mit zäher Macht
Durch allen Schutt und Blunder
Des Frühlings sieggewisse Pracht:
Der Pfingsten großes Wunder!

Fröhliche Pfingsten!

So ist denn im unwägigen Kreislauf der Zeiten das dritte große christliche Fest wieder herangekommen: Pfingsten, von dem Dichter das liebliche Fest benannt. Auf die Grenze zwischen Frühling und Sommer, auf die schönste Jahreszeit fallend, war es von jeher ein Fest der Freude und des Vergnügens für das Volk.

Uebers Jahr, zur Zeit der Pfingsten,
Pflanz' ich Maian dir vor's Haus,
Bringe dir aus weiter Ferne
Einen frischen Blumenstrauß!

So singt Hoffmann von Fallersleben. Pfingstfest! Pfingstfreude! Das junge Grün ist mächtig emporgeschossen, in satten und fastigen Farben liegen die Wiesen da, in Wald und Feld, wo die gefiederten Säger das Ohr des Bauers wieder ergötzen, ein heimliches und unauffaltames Werden: sollte da nicht des Volkes gesunde Kraft, seine warme, drängende Lebenslust in lauchender Freude zum Durchbruch kommen?

Doch, so fröhlich ist für das Proletariat weder Pfingsten noch der Frühling, der gleichsam ein einziges Fest der Verjüngung auch für die Menschen sein müßte, so wie er es für die Natur ist. Seit der Kapitalismus die sinnvollen Feste unserer Ahnordern mit eiserner Faust zertrümmert hat, seit er mit unersättlicher Gier die Menschen ausgepreßt bis auf die Knochen, seit die Fabriksglocke den Morgen verkündet und den Abend, ist die herzliche Fröhlichkeit geschwunden; an ihre Stelle trat der lärmende und hastige Genuß weniger Stunden.

Wenn der Pfingstmorgen heraufzieht und der Proletarier für eine kurze Reihe von Stunden aus der Zerknirschung der Arbeit ausgespannt, sein Handwerkszeug aus der Hand gelegt hat, tritt sogleich die bange Frage an ihn heran: Darfst du dich freuen? Kannst du mit Fröhlichkeit und sorgenlos einmal hinausziehen mit Weib und Kind, die Lungen mit würziger Frühlingsluft sättigen und im Kreise gleichgesinnter Menschen lernen, daß auch du ein Mensch bist, zum Leben, d. h. zum fröhlichen Leben geboren? Wie viele müssen dies begehren, denn Tausende und Abertausende haben noch unter den furchtbaren Wirkungen zu leiden, die die Krisis, die lange Arbeitslosigkeit verursachten.

Der christliche Glaube hat dem Pfingstfest eine sagenhafte Entstehung gegeben: vom Himmel herab habe sich auf die Jünger Jesu der heilige Geist, der Geist der Erleuchtung, gesenkt, sie erfüllt und hinausgetrieben, alle Völker zu belehren und sie zu bekehren. Ein gedankenreiches Bild für wahr, und wohl geeignet, auch heute jedem Arbeiter eine Lehre abzugeben. So wie dort der heilige Geist sich über die kleine Schar der Jünger Jesu ergossen, so mögen auch unsere Kollegen und Freunde hinauszuziehen, um die noch Indifferenten aus dem Schlafe dumpfer Resignation zu erwecken, Aufklärung zu verbreiten und immermehr unsere Reihen durch neue Mitkämpfer zu verstärken. Empor zum Licht! Vorwärts muß es gehen auf der ganzen Linie! Und die Hoffnung, daß es besser werde hienieden, durchglühe die Pfingstfeier.

Möge das Pfingstfest allen Kollegen in ihrem Hasten und Ringen um das tägliche Brot einige Stunden fröhlicher Erholung und Erquickung bringen!

Die britischen Malerverbände im Jahre 1908.

Trotz der geradezu trostlosen Wirtschaftslage, die 1908 in ganz Großbritannien herrschte, haben sich die beiden Verbände der Maler und verwandten Berufsgenossen, die hier bestehen, in ihrer Stärke behauptet. Bei der National Amalgamated Society of House and Ships Painters, dem englischen Verband, ergab sich eine Mitgliederzunahme von 17 377 am 1. Januar auf 17 462 am 31. Dezember 1908; bei der Scottish Painters' Society, dem schottischen Verband, ging die Mitgliederzahl von 3025 auf 2918 zurück. Dieser Verband vermehrte seine Ortsvereine von 35 auf 36; der englische Verband hatte am Jahresbeginn wie am Jahreschluß 290 Ortsvereine.

Ueber die Finanzen der beiden Gewerkschaften gibt die folgende Darstellung Auskunft.

National Amalgamated of House and Ship Painters. — Das Vermögen betrug am Jahresbeginn 39 121 Pfund (782 420 Mk.) und am Jahreschluß 31 100 Pfund (622 000 Mk.); der Gebahrungsverlust machte 8 021 Pfund oder 160 420 Mk. aus, eine ganz ansehnliche Summe. Von dem am 31. Dezember vorhandenen Vermögensbestande trafen auf jedes Mitglied 35% Schilling oder 85,60 Mark. Einschließlich des in der Hauptstelle des Verbandes angelegten Wertes stellt sich der Vermögensbestand auf 31 950 Pfund. — Eingenommen wurden während des Berichtsjahres 45 857 Pfund Sterling (917 140 Mk.), ausgegeben 53 878 Pfund (1 077 560 Mk.). Von den Gesamtausgaben trafen 44 261 Pfund (885 220 Mk.) auf Unterstützungen und es ist hervorzuheben, daß nahezu jede der von dem Verbands gepflegten Unterstützungen 1908 mehr erforderte als 1907; Ausnahmen von dieser Regel sind bloß die Unfallunterstützung und die Unterstützung anderer Gewerkschaften. Es erforderte die

	1907	1908
	Pfund Sterling	
Arbeitslosenunterstützung	24 345	28 563
Krankenunterstützung	5 870	6 409
Ablebensunterstützung	1 750	1 907
Altersunterstützung	1 114	1 337
Notfallsunterstützung	203	398
Unfallunterstützung	1 060	950
Streikunterstützung	337	4 691
Unterstützung anderer Gewerkschaften	49	6
Zusammen	35 228	44 261

Wie hoch die Belastung des Verbandes durch die Unterstützungen ist, das kommt deutlicher zum Ausdruck, wenn hier bemerkt wird, daß im Jahre 1908 die Arbeitslosen-Unterstützung insgesamt 571 260 Mark oder auf ein Mitglied 32,70 Mk.

erforderte, die Krankenunterstützung insgesamt 128 180 Mark oder auf ein Mitglied 7,33 Mk., die Ablebensunterstützung insgesamt 38 140 Mark oder auf ein Mitglied 2,17 Mk., die Altersunterstützung insgesamt 26 740 Mk. oder auf ein Mitglied 1,54 Mark, die Unfallunterstützung insgesamt 19 000 Mark oder auf ein Mitglied 1,08 Mark, die Streitunterstützung insgesamt 93 820 Mk. oder auf ein Mitglied 5,38 Mk. Die wichtigste gewerbliche Bewegung, an der die beiden britischen Malerverbände beteiligt waren, ist der Arbeitskampf im Schiffbau gewesen; er endete mit dem Abschluß eines Arbeitsvertrags zwischen den Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer, dessen Hauptzweck es ist, ähnliche schwere Unterbrechungen des Wirtschaftsbetriebes, wie die im vergangenen Jahre, zu vermeiden. — Außer für Unterstützungen verausgabte der englische Malerverband noch für Druckfachen und Schreibmaterial 998 Pfster. (19 960 Mk.), für Versammlungen und Sitzungen 1236 Pfster. (24 720 Mk.), für Delegationen 340 Pfster. (6800 Mk.), für Gehälter 3485 Pfster. (69 700 Mk.), für Miete 636 Pfster. (12 720 Mk.), für Beiträge an Verbände von Gewerkschaften und an die Arbeiterpartei 710 Pfster. (14 200 Mk.) usw. — Einer Gerichts-Entscheidung zufolge sollen die britischen Gewerkschaften künftig die Steuer für die Arbeiterpartei den Mitgliedern nicht zur Pflicht machen dürfen. Gegen diese Entscheidung ist an das oberste Gericht des Landes Berufung eingelegt worden, jedoch noch nicht feststeht, wie sich die Sache endgültig gestalten wird.

Die Scottish Painters' Society hatte 1908 Einnahmen in der Höhe von 3247 Pfster. (64 940 Mark), die Ausgaben betragen 2765 Pfster. (55 300 Mark). Das Gesamtvermögen stieg von 4120 Pfster. (82 400 Mark) am 1. Januar auf 4602 Pfster. (92 040 Mark) am 31. Dezember, d. i. um 482 Pfster. oder 9 640 Mark. Auf ein Mitglied entfiel Ende 1908 ein Vermögensbetrag von 31 s 5 d oder 31,40 Mark. Für Streit- und Gemafregelungenunterstützung gab der schottische Verband im letzten Jahre viel weniger aus als 1907; gestiegen sind die Ausgaben für Unfallunterstützung, Krankenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Rechtsschutz und Verwaltung. Die Gesamtausgaben verteilten sich 1907 und 1908 in der nachstehenden Weise.

	1907	1908
	Pfund Sterling	Pfund Sterling
Streitunterstützung usw.	848	78
Ablebensunterstützung	213	167
Unfallunterstützung	70	150
Krankenunterstützung	101	163
Arbeitslosenunterstützung	168	270
Rechtsschutz	23	35
Notfallunterstützung	33	22
Unterstützung anderer Gewerkschaften	29	19
Gehälter und Delegationen	805	872
Druckfachen, Porto Miete usw.	519	528
Unerwartetes	433	561
Zusammen	3275	2765

Auf ein Mitglied trafen im letzten Jahr von den Ausgaben für Streit- und Gemafregelungenunterstützung 6 1/2 d oder 31 Pfg.; für Ablebensunterstützung 1 s 1 3/4 d oder 1,15 Mk.; für Unfallunterstützung 1 s 1/2 d oder 1,04 Mk.; für Krankenunterstützung 2 s 6 1/4 d oder 2,52 Mk.; für Arbeitslosenunterstützung 14 s 7 d oder 14,58 Mk. Dabei ist immer die Zahl der Mitglieder jener Beitragsklassen zugrunde gelegt, in welchen auf die betreffenden Unterstützungen Anspruch besteht.

Der Sitz der National Amalgamated Society of House and Ship Painters ist in Manchester (4 Camp Street, Lower Broughton), der Sitz der Scottish Painters' Society in Glasgow (109 Hope Street). Zuweisende Vermögen nur sehr schwer beschaffung zu finden, da die Zahl der arbeitslosen Einheimischen allerorts groß ist. Waren doch von den Mitgliedern der an das Arbeitsamt in London berichtenden Gewerkschaften, die meist den gelehrten Berufen angehören, in den letzten Monaten immer durchschnittlich 8 bis 9 vom Hundert beschäftigungslos. An eine Beendigung der wirtschaftlichen Stöckung ist nach kaum zu denken.

L o n d o n, Mai 1908.

H. F.

Das Individuum und sein Verhältnis zur Umwelt.

III.

Dieser Wettkampf um geistige und moralische Güter, dieses mühsame aber unaufhaltsame Emportreiben der Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwicklung ist nur möglich, weil die Menschen Individuen sind mit verschiedener Begabung und Veranlagung. Darum ist es eine hohe Aufgabe des Sozialismus, eine viel verkante und oft vernachlässigte, die Individualität zu schonen und vor der Persönlichkeit Ehrfurcht zu haben. Wir brauchen Menschen, die nicht in der Masse aufgehen, sondern um Hauptplätze hervortragen über den Durchschnitt, die ihrer Zeit voraneilen und der Zukunft eine Gasse öffnen. Diese Führer und Vorläufer, die neue

Werte prägen und die Volkseele mit neuen Ideen erfüllen, sind die Säulen der Zukunft, die Propheten einer neuen Zeit, sie sind Weite der Sehnsucht zum andern Ufer, wo das ersehnte Neuland im Scheine des dämmernden Morgens vor unsren Blicken sich ausbreitet. Die aristokratische Weltanschauung im besten Sinne des Wortes, die die Besten, die Edelsten, die Weisesten zu Führern des Volkes machen will, verträgt sich sehr wohl mit dem modernen Sozialismus als einer Massenerscheinung. Es ist ein soziales Gesetz, daß jede Gruppe, die etwas unternehmen will, sich eine Leitung wählt, und warum sollte dieses Gesetz nicht gelten bei dem Aufwärtstreben der großen Masse des Volkes? Es ist eine mißverständliche Demokratie, wenn nicht gar ein bewußtes Umschmeicheln der Masse, den Einfluß der Führer zu leugnen und der Masse selbst die Führung zuzuschreiben. Die byzantinischen Schweißwelder vor dem König Demos kennen weder die Geschichte noch das Entwicklungsgeßes, sonst würden sie wissen, daß zu allen Zeiten Menschen dagewesen sind, die der Masse die Wege gewiesen haben.

Allerdings besteht eine beständige Wechselwirkung zwischen der Masse und dem Individuum. Die in der Masse verkörperte soziale Gemeinschaft ist das Erdreich, dem das Individuum entspricht, der Nährboden, aus dem es Kraft und Wachstum zieht, das Feld, in dem es seine natürlichen Anlagen ausbauen und anwenden kann. Für die Menschheit ergibt sich hieraus eine doppelte Aufgabe: sie muß die Masse heben, veredeln und vervollkommen, um auf diese Weise die Ausbildungsmöglichkeit des Individuums zu vergrößern, und sie muß zweitens eine gleiche soziale Gelegenheit geben, d. h. jedem Individuum die Möglichkeit schaffen, seine Kräfte und Fähigkeiten auszubilden und auszunutzen.

Nach beiden Richtungen hin ist bislang allzuviel verabsäumt worden. Die herrschende Klasse fand ihren Vorteil darin, die große Masse des Volkes in geistiger und moralischer Rückständigkeit zu erhalten, nach dem alten Grundsatz: Je dümmere das Schaf, desto leichter läßt es sich scheeren. Alle Bildungsmöglichkeiten wurden als ein Privilegium der Oberschichten des Volkes betrachtet, die Masse sollte ewig ein unmündiges Kind bleiben. Alles, was die erleuchteten Geister der Menschheit geleistet hatten, war für die Menge nicht vorhanden; was wußte das Volk von den großen Dichtwerken, den Werken der bildenden Künste, den Offenbarungen der Zukunft? Für das Volk haben die großen Männer unisono gelebt, sie sind — am ein Wort Lassalles zu gebrauchen — wie die Kraniche über die Volksmasse hinweggeflogen. Dies ist allerdings heute anders und besser geworden, aber immer noch sind weite Schichten des Volkes von den Kulturschätzen der Gegenwart ausgeschlossen und müssen sich mit dem kümmerlichen Surrogat einer Bildung behelfen.

Als das wichtigste Mittel, um die Massen in der Ausbildung zu erhalten, erscheint die wirtschaftliche und soziale Unterdrückung. Infolge der elenden Wirtschaftsverhältnisse sind die breiten Volksmassen nicht in der Lage, sich Bildung aneignen zu können; es fehlt ihnen an Zeit, an Geld und Gelegenheit, um sich am Vorn der Wissenschaft und Kunst haben zu können; auch gesellschaftlich stehen sie zu tief, als daß man ihnen die gleiche Bildungsmöglichkeit gewähren würde. Und wie leicht wird es dagegen den Angehörigen der besitzenden Klasse gemacht, denen alle Bildungsmöglichkeiten offen stehen! Wenn man sich ein Volk unter dem Stabe eines Reiches vorstellt, so könnte man sagen, daß auf der Oberfläche des Reiches Menschen herum schwimmen, die Schwimmgürtel tragen, während auf dem Boden des Reiches Menschen liegen, die mit Bleikugeln und eisernen Ketten belastet sind. Die einen plätschern lustig umher, die andern können sich nicht emporheben; die einen würden ohne Schwimmgürtel vermußlich nach unten sinken, die andern würden emporsteigen, wenn man sie von den Fesseln befreite. Und darum ist die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit die erste und wichtigste Forderung des Entwicklungsgeßes. Es muß Ellenbogenfreiheit geschaffen werden, damit alle die individuellen Fähigkeiten, die als lebensfähige Keime in der Menge schlummern, zur Reife gelangen und herrliche Früchte tragen können. Warum sollen sie verkümmern und nutzlos vergehen, während die obere Behntausend, die in der Wahl ihrer Eltern sehr vorsichtig waren, eine Rolle spielen, zu der sie ihrer Begabung nach nicht geeignet sind? Gerade, weil die Menschen ihrer Natur nach ungleich sind, da die Geisteskräfte nicht an den Zufall der Geburt gebunden sind, muß die soziale Gleichheit geschaffen werden, damit in dem Wettkampf der Geister sich zeigt, wem die führende Stelle gebührt. Die allgemeine Volksbildung, das Untertauchen der großen Masse in den befruchtenden Strom der Kultur, ist also die wichtigste Forderung der Gegenwart, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß die wirtschaftliche Hebung der Masse die Vorbedingung hierzu ist. Die Volkseele, die soziale Psyche, muß gekärtet und veredelt werden, damit sie edlere Blüten zeitigt, als es bislang der Fall gewesen ist, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse müssen gebessert werden, da ohne diese Verbesserung eine geistige und moralische Hebung völlig ausgeschlossen ist. Wie von dem einzelnen Menschen der Zah-

gilt: „Mens sana in corpore sano — nur in einem gesunden Körper lebt ein gesunder Geist!“, so kann die Volkseele ebenfalls nur dann gesund werden und bleiben, wenn das Haus, in dem sie wohnt, den Anforderungen der sozialen Gesundheit entspricht.

Da das Individuum aus der sozialen Gruppe seine geistige Nahrung empfängt, so hat es hinwiederum auch Pflichten gegen diese Gruppe. Wie der Landmann den Erdboden, der ihm Früchte trägt, pflügt und düngt, so soll auch der Einzelnen das Erdreich, dem er entsprossen ist, hecken und pflügen. Diese Pflicht muß um so mehr betont werden, je mehr sie vergessen wird. Der Kapitalismus hat den Egoismus geradezu in Kleinkultur gezüchtet, und da ist es kein Wunder, daß die allermeisten Menschen, die aus der Masse hervortragen, mit Gleichgültigkeit oder gar mit Verachtung auf den „Föbel“ herabblicken. Nur wenige — und das sind die wahrhaft großen Männer — sind sich des Zusammenhanges zwischen Individuum und Gruppe bewußt und tragen den Zoll ihres Dankes dadurch ab, daß sie der Gruppe wieder zurückgeben, was sie von ihr empfangen haben. Diese Männer sind die eigentlichen Volksebildner und Volksführer; sie wollen das Volk nicht bevormunden und gängeln, sondern bilden; sie wollen die Kräfte und Fähigkeiten wecken, die im Volke schlummern, wie es Pestalozzi tat, der uns in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel gegeben hat.

Das Individuum soll seine Eigenart, seine Persönlichkeit wahren; es soll tüchtig werden und sich Tugend erwerben, d. h. es soll etwas taugen. Aber diese Tüchtigkeit soll es nicht in sich aufspeichern wie ein Hamster, sondern es soll sie ausstrahlen wie ein Hammer, und es soll sie anstreuen mit vollen Händen. Das ist die schenkende Tugend, von der Nietzsche so begeistert spricht: „Unersättlich trachtet eure Seele nach Schätzen und Kleinodien, weil eure Tugend unersättlich ist im Verschlempen. Ihr zwingt alle Dinge zu euch und in euch, daß sie aus eurem Vorne zurückströmen sollen als die Geber eurer Liebe. Wahrlich, zum Räuber an allen Werten muß solche schenkende Liebe werden; aber heil und heilig heiße ich diese Selbstsucht. Bleibt nur der Erde treu, meine Brüder, mit der Macht eurer Tugend. Eure schenkende Liebe und eure Erkenntnis diene dem Sinn der Erde. Also bitte und beschwöre ich euch: Laßt sie nicht davonfliegen vom Irdischen und mit den Flügeln an ewige Wände schlagen. Ach, es gab immer so viel verflogene Tugend. Führt, gleich mir, die verflogene Tugend zur Erde zurück, zurück zu Liebe und Leben, daß sie der Erde ihren Sinn gebe, einen Menschenstun!“ Das ist der richtige Individualismus, der ein tiefes soziales Empfinden hat, der den Strom seiner Persönlichkeit in die Masse hinein ergießt, der seine reichen Gaben ausstrent unter die Menschen. „Der Sonne lernte ich das ab, wenn sie hinabgeht, die überreiche. Gold schüttete sie da ins Meer aus unerschöpflichem Reichtume, also, daß der ärmste Fischer noch mit goldenem Ruder rudert. Dies nämlich sah ich einst und wurde der Tränen nicht satt im Zuschauen.“ Einen solchen Egoismus, wie ihn uns Zarathustra lehrt, darf sich die Welt schon gefallen lassen; eine solche Vereinigung von Idealismus und Sozialismus, wie aus den Worten Nietzsches spricht, wird dem Einzelnen und der Gruppe in gleicher Weise gerecht. Nicht der Egoismus, die ausschließliche Betnung des eigenen Ichs, noch der Altruismus, die Aufopferung der eigenen Persönlichkeit im Dienste der anderen, darf die Richtschnur unseres Handelns sein; nein, der Egaltruismus, die schenkende Tugend, muß unserem Leben den Stempel aufdrücken.

Das Jubiläum der Dreiklassenwahl.

Am 30. Mai wird die preussische Dreiklassenwahl 60 Jahre alt. An diesem Tage hob vor 60 Jahren der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., kurzerhand das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf und akropierte jenes Dreiklassenwahlrecht, das zwar Bismarck schon vor vielen Jahrzehnten das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, das aber in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit noch heute besteht.

Das Dreiklassenwahlrecht verdankt seine Entstehung einem Gewaltstreich der Krone, einem nackten Verfassungsbruch. Unter dem Eindruck der Ereignisse des 18. März 1848 hatte der König von Preußen die preussische Nationalversammlung einberufen, die „Versammlung, zu dem Zwecke gewählt, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“. Aber so schwächlich auch die konstituierende Versammlung auftrat, der feudalen Kammarilla, der Kleinen aber mächtigen Partei der Junker, an deren Spitze der Generaladjutant des Königs, von Gerlach, stand, war sie von Anfang an ein Dorn im Auge. Als gar im Dampf mit dieser staatsrechtlich ungesetzlichen Nationalversammlung im September 1848 den Beschluß faßte, daß die Offiziere den reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben oder ihren Abschied zu nehmen hätten, holte die hiesig-junkerliche Kammarilla zum Schlags aus. Der General Wrangel wurde Oberbefehlshaber in den Marken. Seine Bereitschaft zum Vorschlagen faßte er in die Worte: „Die Truppen sind gut, die Schwerter scharf geschliffen, die Kugeln im Lauf.“ Der am 2. November zum Minister des Innern ernannte Mann der Kammarilla, Graf Brandenburg, aberte denn auch nicht lange. Zwar sandte die Nationalversammlung eine Deputation zum König, die ihm Vorstellungen wegen der reaktionären Antriebe machen sollte, allein Friedrich Wilhelm IV., der ein paar Monate vorher noch vor jedem einzelnen Gange der Berliner Verordnungsblätter den Hut gezogen hatte, drehte der Deputation einfach den Rücken. Zwar rief ihm Johann Jakob das Wort nach: „Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Allein

Dieser Bürgerstolz eines einzelnen vermochte das aus der Sorglosigkeit und Wackelhaftigkeit des Bürgerturns und seiner Vertreter erwachsene Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Wenige Tage später ließ General Wrangel die Nationalversammlung mit den Majonetten auseinander treiben, nachdem er vorher die Bürgerwehr entwaflnet hatte.

Friedrich Wilhelm IV. aber ostrozierte eigenmächtig eine neue Verfassung und am 6. Dezember ein neues Wahlrecht. Dies neue Wahlrecht raubte zwar 700 000 Bürgern ihre Rechte, erschien aber bald der Reaktion noch allzu liberal, so daß es am 30. Mai durch das famose Dreiklassenwahlrecht ersetzt wurde.

Wenn die preussische, die deutsche Arbeiterklasse des Jubiläums der Dreiklassenwahlrecht gedenkt, so geschieht das mit dem festen Entschluß, das Volk endlich von dieser Kulturetschmach zu befreien. Denn so wenig das liberale Bürgerturn in den 60 Jahren gelernt hat, eine so gewaltige Ueberänderung hat sich doch in den breiten Volksmassen vollzogen. Die Arbeiterklasse ist zum politischen Denken, zum politischen Selbstbewußtsein erwacht und fordert mit allem Nachdruck den ihr gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung auch des preussischen Staates.

Welche Bedeutung das preussische Abgeordnetenhaus für die arbeitende Klasse besitzt, ergibt sich schon aus dem flüchtigen Blick auf die gesetzgeberischen Funktionen, die ihm vorbehalten sind. Da handelt es sich beispielsweise um das wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahnen. Die Eisenbahnpolitik, überhaupt die ganze Verkehrspolitik, wird im preussischen Landtag gemacht. Das Schicksal der riesigen Armees der preussischen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter ruht in den Händen der preussischen Gesetzgebungsorgane, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. Die Zahl der preussischen Eisenbahnbeamten beträgt allein 180 000 und nach Hunderttausenden zählen auch die Eisenbahnarbeiter. Die Zahl der preussischen Staatsbeamten und Arbeiter überhaupt beläuft sich auf weit über 24 Millionen.

Nicht nur die Staatsarbeiter, sondern auch die Staatsbeamten sind zum größten Teil Proletarier. Sich dieser Proletarier mit aller Energie anzunehmen, ist die Pflicht der proletarischen Klassenbewegung. Die kleine sozialdemokratische Fraktion ist denn auch in der verflochtenen Session eifrig bemüht gewesen, die Interessen der Staatsproletarier zu wahren. Gelegenheit dazu bot ja das Beamtenbesoldungs-gesetz. Freilich ist es unsern Genossen trotz aller Bemühungen nicht gelungen, für die schlecht-bezahlten Unterbeamten eine angemessene Gehaltserhöhung durchzusetzen. Die elenden Gehälter der Unterbeamten wurden kaum um 20 Prozent aufgehoben, während man die Gehälter der Schulpfleger, Gendarmen, Förster und anderer höheren Beamtenkategorie um 30 bis 40 Prozent erhöht hat. Regierung und bürgerliche Parteien lehnten die sozialdemokratischen Anträge mit der faulen Ausrede ab, daß kein Geld dafür da sei. Es war aber Geld genug da, um für die Gehaltserhöhung der Geistlichen und für Schaffung neuer Parzellen 13 1/2 Millionen jährlicher Mehrausgaben zu bewilligen! Und das, trotzdem von sozialdemokratischer Seite ziffernmäßig nachgewiesen worden war, daß die Kirche keinen höheren Staatszuschuß gebrauche, da viele Geistliche, sogar in den kleinsten Pfarren, Einkommen von 6000, 7000, 8000, ja 10 000 Mk. und mehr beziehen, man diese durch nichts begründeten Meisteneinkommen also nur zu beschneiden brauchte, um den schlechter gestellten Geistlichen jede Gehaltszulage gewähren zu können.

Also skrupellosste Geldverschwendung auf der einen und jämmerliche Unterbeamtengehälter auf der andern Seite! Und ebenso rücksichtslos, wie der Staat seine Unterbeamten ausbeutet, beutet er auch seine Arbeiter aus. Daß diese Arbeiter bei der Besoldungsreform völlig leer ausgegangen sind, versteht sich ja in Preußen von selbst. Das Drängen der Sozialdemokratie, doch zugleich mit der Beamtenbesoldung auch eine Aufbesserung der Löhne der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wurde von der Regierung und sämtlichen Parteien unter dem Vorwand abgewiesen, daß ja die Arbeitslöhne ohnedies ausreichend gestiegen seien und daß vollends in der Zeit der Krise von Lohnzulagen keine Rede sein könne.

Wie sich diejenige der bürgerlichen Parteien, die ganz besonders mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit renommieren, das Zentrum, der Interessen der Arbeiter annimmt, dafür ist ein Fall besonders bezeichnend. Der Vertreter der Sozialdemokratie hatte bei einer besonders schlecht entlohnnten Schicht fiskalischer Bergarbeiter eine Lohnzulage von 30 Prozent gefordert. Da schickte das Zentrum den famosen Arbeitervertreter Brust vor, der die Regierung aufforderte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen.

Aber nicht nur, daß der Staat seine Beamten und Arbeiter ungenügend entlohnt und durch überlange Arbeitszeit ausbeutet — die Betriebsüberwacher, namentlich der Eisenbahnen, bilden ja einen wichtigen Einnahmeposten im Staatsbudget, der nicht verringert werden darf, damit die besitzende Klasse nicht allzu viel Steuern zu zahlen braucht —, der preussische Staat glaubt seine Beamten und Arbeiter auch der Staatsbürgerlichen Rechte berauben zu können. Haben doch auch in der letzten Session wieder die Minister mehrfach erklärt, daß die Beamten nicht das freie Wahlrecht besäßen, sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennen dürften. Ja, nicht nur die politischen Rechte wagt man den Beamten und Arbeitern des Staates einfach abzusprenken, sondern man will nicht einmal dulden, daß sie sich modernen Gewerkschaftsorganisationen anschließen können! Und keine einzige der bürgerlichen Parteien hat diesen unerhörten, verfassungswidrigen Terror der Regierung gebrandmarkt.

Aber es sind nicht nur die Interessen der Staatsarbeiter, die im preussischen Dreiklassenparlament von den Vertretern des Geldtums mit Füßen getreten werden, sondern die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt. Das beweisen drastisch die Verhandlungen über das neue Vergesetz. Das furchtbare Grubenunglück in Dabob, wobei mehrere hundert Grubenproletarier ein feuriges Grab in den Tiefen der Erde fanden, hat die Regierung endlich gezwungen, wenigstens etwas zur Beschäftigung der erbitterten Bergarbeiter zu tun. Um wie sich der preussische Handelsminister ausdrückte, „die Seelen der Bergarbeiter zurückzugewinnen“, soll das neue Vergesetz die Einrichtung von Sicherheitsmännern schaffen, die von den Arbeitern gewählt werden. Der letzte Bergarbeiterkongreß, der in Berlin tagte und an dem auch die Vertreter der Hirsch-Dünckerischen und politischen Organisationen teilnahmen, hatten ebenfalls Arbeiterkontrollen gefordert, aber solche, die unabhängig und vom Staate zu besoldet wären, während nach dem neuen Vergesetz sie als Arbeiter im Betriebe bleiben sollen. So schwebt über den Hauptern der Sicherheitsmänner jederzeit das Damoklesschwert der

Maßregelung, so daß der von den Arbeitern gewollte Zweck — die Gruben einer wirklichen Kontrolle unterworfen zu sehen — nicht erreicht wird. Die Regierung hat sich den Wünschen der geldprohizigen Grubenherren wieder einmal gefügt. Aber auch das Zentrum hat wieder einmal die Interessen der Arbeiter verraten, indem es die Forderung der Besoldung der Sicherheitsmänner durch den Staat, also die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute der Arbeiter, gleichfalls ablehnte.

Und ebenso wenig, wie man den Forderungen der Bergarbeiter willfährte, hat man der seit langen Jahren und mit so großem Nachdruck erhobenen Forderung der Bauarbeiter, von den Arbeitern selbstgewählte, aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Baukontrollen anzustellen und aus Staatsmitteln zu besolden, Rechnung getragen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter haben für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht so viel Gewicht, ein paar hunderttausend Mark für ihren Schutz aufzuwenden! Die schäblichste Sparpolitik und die Rücksichtnahme aus die Ausbeutungsinteressen des Unternehmertums sehen jeder wirklichen Sozialpolitik in dem Dreiklassenparlament unübersteigliche Schranken!

Welch unbesiegbaren Respekt die preussische Regierung vor den Ausbeuterinteressen der Kapitalistenklasse hegt, dafür noch ein anderer Beweis. Bei der Beratung des Justizetats hatte der sozialdemokratische Redner zweimal die ja auch von den Gewerkschaften selbst lebhaft beklagte Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen selbst dann lächerlich geringfügige Strafen zu verhängen, wenn diese Unternehmer wegen solcher Uebertretung bereits mehrfach vorbestraft sind. Der sozialdemokratische Redner forderte den Justizminister auf, doch auf die Staatsanwälte dahin einzuwirken, daß sie höhere Strafen beantragten. Der Justizminister antwortete auf die erstmalige Aufforderung des sozialdemokratischen Redners überhaupt nicht. Als unser Genosse den Justizminister bei der dritten Lesung des Etats wegen dieses Beweises der Mißachtung gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse energisch zur Rede stellte, bequeme sich der Minister endlich zu einer Antwort. Sie war freilich auch danach! Der Minister erklärte nämlich, daß er allerdings die Möglichkeit habe, in dem gewünschten Sinne auf die Staatsanwälte einzuwirken — aber darüber, ob er auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, schweige er sich vollständig aus! So sorgen preussische Minister für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes.

Auch die Steuerpolitik des Dreiklassenparlaments bezeugt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter des Geldtums dort ihre Interessen wahrnehmen und die der nichtbesitzenden Klasse schädigen. Um das Defizit zu decken, war eine Steuererhöhung notwendig. Die Regierung schlug vor, die neuen Steuern durch Zuschläge auf die Vermögens- und die Einkommensteuer der höheren Einkommen aufzubringen. Sämtliche bürgerliche Parteien jedoch einigten sich dahin, die Zuschläge zur Einkommensteuer auch auf die proletarischen Einkommen auszuweihen. Die Herren Freisinnigen rechtfertigten diese arbeitereindliche Maßnahme damit, daß der Zuschlag ja nur gering sei. Als ob die Arbeiter nicht bereits durch indirekte Steuern und den Lebensmittelpreis insofern der Fleisch- und Getreidepreise derartig belastet wären, daß man ihnen jede neue direkte Steuererhöhung hätte ersparen sollen! Zumal dem unter der Krise leidendsten Proletariate ja 400 Millionen neuer indirekter Reichssteuern drohen, während eine Handvoll Kapitalisten allein in Preußen ihr Vermögen jährlich um 330 Millionen zu vermehren vermag.

So schaltet die besitzende Klasse im preussischen Geldparlament. Und so wird sie weiter schalten, wenn nicht die Arbeiterklasse endlich Breche in das elendeste aller Wahlssysteme legt und für die Entsendung wirklicher Volksvertreter in das Abgeordnetenhaus sorgt. Der Wahlrechtssturm des preussischen Proletariats hat ja auch bereits der Regierung Zugeländnisse abgenötigt. Die Thronrede verhielt im Oktober vorigen Jahres festerlich eine Reform des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien freilich tun nicht das geringste, um die Regierung zur raschen und entscheidenden Einlösung ihres Versprechens zu zwingen. Der Freisinn hat sich bei der letzten Wahlrechtsdebatte mit ein paar wohlfeilen Nebensätzen begnügt und der Regierung obendrein versichert, daß er auf die Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen ja gar nicht zu hoffen wage, sondern mit der bescheidensten Abschlagszahlung zufrieden sei! Das Zentrum hat sogar gegen einen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt, obgleich die starbällige Ungleichheit der Wahlkreise die Arbeiterchaft doppelt entrechtet und die agrarische Reaktion doppelt begünstigt!

Den wütenden Haß aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterchaft und ihre Vertreter beweist aber am schlagendsten der unerhört brutale Gewaltstreik gegen die sozialdemokratische Fraktion: die Ungültigkeitserklärung von vier der insgesamt sechs sozialdemokratischen Mandate Berlins. Unter dem jämmerlichen Vorwand, die Wahlen der vier sozialdemokratischen Abgeordneten seien aus Grund einer falschen Listenaufstellung zustande gekommen, hat man die vier Sozialdemokraten aus dem Parlament hinausgeworfen, obwohl doch auch die sechs freisinnigen Berliner Mandate auf Grund genau derselben Listenaufstellung zustande gekommen waren! Auch den angeblichen sozialdemokratischen Terror benutzte man als Vorwand für die Ungültigkeitserklärung — als ob nicht die öffentliche Abstimmung von vornherein die Absicht des Terrors bewiese, als ob nicht gerade die Regierung ihren Beamten und Staatsarbeitern gegenüber die schmachvollste Entamotierung ihrer Bürgerrechte verübte.

Nun, das Berliner Proletariat wird den Dreiklassenmännern die gebührende Antwort geben! Aber das genügt nicht: die gesamte Arbeiterchaft muß fort und fort mit äußerster Energie den Kampf gegen die preussische Dreiklassenwahlrecht führen, muß den Wahlrechtssturm derartig gesegelt werden! Sechzig Jahre lang hat sich diese Karikatur eines Reichstagswahlrechts, das dem Volke durch die Majonette aufgezungen wurde, halten können. Die Schuld dafür trägt die Jämmerlichkeit des immer klägerlich entartenden liberalen Bürgerturns. Und die Schuld der Arbeiterklasse wäre es, wenn das Dreiklassenwahlrecht noch länger seine kulturwidrige Wirkens freiten könnte! Der Proteststurm des Volkes, der millionenstimmige Ruf: „Nieder mit der Dreiklassenwahlrecht! Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheime und direkten Wahlrecht!“ muß zum Ortane anschwellen, dem nichts widerstehen kann!

Die bemitleidenswerten Unternehmer verlieren die Lust an der Arbeit.

Daß dem gesamten Unternehmertum die deutsche Sozialpolitik noch viel zu rasch arbeitet, ist eine allbekannte Tatsache. Einen neuen Beleg zu diesem Thema bringt der Geschäftsbericht der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in folgenden Worten: „So gerne wir bereit sind, die sozialen Lasten auf uns zu nehmen und, wie wir es seit Jahren getan haben, über die gesetzlichen Leistungen weit hinaus noch ganz bedeutende Summen für die Wohlfahrt unserer Beamten und Arbeiter zu verwenden, so sehr müssen wir es bedauern, daß der Staat mit seiner Gesetzgebung immer einschneidender und schablonenhafter, rein mechanisch in die Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingreift. Es wird damit durchaus nicht dem Frieden gedient, sondern im Gegenteil das gute Verhältnis, das zwischen uns und unseren Werkangehörigen besteht, gefährdet und dem Arbeitgeber seine nicht bemitleidenswerte Lage so erschwert, daß er die Freude an der Arbeit und am Berufe verliert. Endlich muß einmal dieses fortwährend herumdoktern an der Gewerbeordnung aufgehört und mit der Einführung neuer sozialpolitischer Gesetze so lange haltgemacht werden, bis das Ausland einigermaßen nachgefolgt ist usw.“ Die Farbenzeitung bemerkt dazu: „Es ist bemerkenswert, daß hier eines der größten industriellen Unternehmen Deutschlands das bestätigt, was zu wiederholten Malen schon in unserem Blatte betont worden ist.“

Um die arge Notlage dieser bedrängten Unternehmergruppe kennen zu lernen, geben wir hier verschiedene Zahlen aus den Jahresabschlüssen einiger Gesellschaften für 1908 aus der „Norddeutschen Farbenzeitung“ wieder. Die chemische Industrie ist jenseit Großgewerbe Deutschlands, das in der letzten Hochkonjunktur den stärksten Aufschwung genommen hat und das von dem gegen Ende 1907 begonnenen Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit verhältnismäßig am wenigsten in Mitleidenchaft gezogen wurde. Den hauptsächlichsten Anteil an der Prosperität der deutschen chemischen Industrie, die auch im Jahre 1908 einen erstlichen Aufstoß nicht erlitt, hatten die größten Unternehmungen, also vornehmlich jene Farbenfabriken, die vor einigen Jahren zu zwei Interessengemeinschaftsgruppen sich verbanden.

Der ersten Gruppe gehören die Elberfelder Farbwerke, die Badische Anilin- und Sodafabrik und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Höchst-Treptow an. Die zweite Gruppe besteht aus den Höchster Farbwerken, der Leopold Casella & Co und der Halle & Co. Aktiengesellschaft. Die finanziellen Resultate der vier erstgenannten Unternehmungen, deren Aktien an der Berliner Börse eingeführt sind, für 1908 gehen aus dem Nachstehenden hervor:

	Gewinn Proz.	Div. Mk.	Aktienkapital Mill. Mk.
Elberfelder Farbwerke	11,33	24	6 840 000
Badische Anilin	8,92	22	6 270 000
Berliner	2,74	18	2 070 000
Höchster Farbwerke	11,13	27	7 617 375

Bei den Dividenden für 1908 ist übrigens zu berücksichtigen, daß bei den Gesellschaften der Dreiergruppe die jungen Aktien, die erst spät im Laufe des Jahres 1908 zur Einzahlung gelangten, an dem Dividendengenuß zur halben Höhe der alten Aktien partizipierten und daß also speziell den Aktionären der Elberfelder Farbwerke und der Badischen Anilinfabrik, denen die gesamten jungen Aktien in Höhe von je 15 Mill. Mk. zu 105 Proz., zum Bezuge angeboten wurden, im Hinblick auf die trotz der Kürzung noch immer sehr respectable Dividende ein sehr reiches Geschenk gemacht wurde. Bei der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation wurde das Kapital von 9 Mill. Mk. auf 14 Mill. Mk. erhöht und davon wurden 4,5 Mill. Mk. den Aktionären zu 105 Proz. angeboten, der Rest zu 250 freihändig verkauft. Bei den Höchster Farbwerken betrug die vorjährige Kapitalerhöhung 10,5 Mill. Mk. auf 36 Mill. Mk. 1,6 Mill. Mk. partizipierten an der Dividende für 1908 voll, die restierenden 8,9 Mill. Mk., die zu 150 begeben wurden, nur zum achten Teil.

Der Kapitalerhöhung aller vier Unternehmungen lag die Absicht zugrunde, das Kapital zu vergrößern, zum Teil wohl deshalb, um Konjunkturpläne nicht allzu sehr aufkommen zu lassen, dann aber auch, um den ungeheuren „Verdienst“ dieser Dividendenschlucker nach außen zu verschleiern.

Die gewiß nicht zugunsten der Arbeiterschaft voreingenommene Handelspresse hebt bei Besprechung der Abschlußziffern ausdrücklich hervor, daß eine Ermäßigung der Dividendenbasiß von der Verwaltung der Elberfelder Farbenfabriken vorausgesehen und beabsichtigt wurde, weil man dadurch den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzutreten wollte. Das Beispiel der Farbenfabriken ist in der deutschen Industrie vielfach nachgeahmt worden, durch Verschleierung der Gewinne des Kapitals will man die Arbeiter zufrieden machen. Die Elberfelder Farbenfabriken haben es an diesen positiven sozialpolitischen Leistungen nicht bewenden lassen, sie haben sich weiter sozialpolitisch dadurch betätigt, daß sie zum Wohle der unter elenden Arbeits- und Lohnverhältnissen lebenden Arbeiter in der chemischen Industrie gegen sozialpolitische Maßnahmen protestiert haben, weil „das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die schablonenartigen gesetzlichen Vorschriften nicht gefördert, sondern im Gegenteil gefährdet werde.“ So zu lesen im Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Jahr 1907. Den Ausschüßrat der Elberfelder Farbenfabriken ziert der freikonserervative Landtags- und Reichstagsabgeordnete Freiherr von Camp, der unermülich im Parlament die Interessen des notleidenden Kapitals der chemischen Industrie gegen die „sozialpolitischen Gefahren“ vertritt. Dieser Mann sollte in Zukunft im Reichstage bei sozialpolitischen Verhandlungen nie mehr eine Rede halten können, ohne daß er als Ausschüßratsmitglied der Elberfelder Farbenfabriken entlarvt und die unter seiner Mitverantwortung getriebene Elberfelder Sozialpolitik gebührend gebrandmarkt würde. —

Niesige Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland.

Das Organ des herabgewallten Vereins für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk veröffentlicht hochinteressante Daten über die fabelhafte Entwicklung des Kapitalismus in diesem größten europäischen Bergwerks- und Hüttenbezirk. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche ungeheueren wirtschaftlichen Macht die nachfolgenden Angaben offenbaren, dann versteht man auch, warum Staats- und

Reichsregierung die Interessen der Gruben- und Hüttenmagnaten so behutsam wie ein rohes Ei behandeln. Die beissiglos straff indusirierten Magnaten haben einen Staat im Staate gebildet, waagen es getrost den Regierungen zu trotzen, zumal diese nicht den einzigen Rettungsweg, den Appell an das Volk zwecks Enteignung der übermächtigen Monopolisten beschreiten.

Die Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat 1908 betragen rund 82,66 Millionen Tonnen, das ist mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Kohlenförderung. 1890 belief sich die rheinisch-westfälische Förderung erst auf 35,46 Millionen Tonnen; sie hat sich also in dem Zeitraum von nur 18 Jahren weit mehr als verdoppelt. Die riesenhafte Konzentrierung des Kapitals wird illustriert durch folgende Uebersicht. Es entfielen auf je ein Wert durchschnittlich

Jahr	Kohlenförderung	Arbeiter
1870	8 412 Tonnen	64
1871	53 693 "	234
1890	202 682 "	730
1900	363 530 "	1 384
1908	536 783 "	2 174

Eine solche rapide Akkumulation des industriellen Kapitals sieht wohl beispiellos in der Welt da. Indessen ist die Konzentration noch viel weiter gediehen wie die obigen Zahlen erkennen lassen. 1908 standen 151 Werke in Betrieb. Davon waren aber 82 im Besitz von 14 Gesellschaften, von denen 13 dem Kohlenyndikat angehören. Die wirtschaftliche Zusammenfassung der Einzelwerke geht noch viel weiter wie die betriebstechnische Konzentration. Es gehörten 16 Zechen der Harpener Gesellschaft, 11 der Gelsenkirchener, 8 der Essener Steinkohlen-Verwerks-Gesellschaft, 9 der Deutsch-Luxemburgischen, 6 der Ibernia, je 5 den Gesellschaften Höhrig, Kirng, Stinnes und Mühlheim, 4 dem preussischen Rixtus usw. Läßt man die vier fiskalischen Zechen außer Rechnung, dann bleibt für die 13 größten Syndikatsgesellschaften allein eine Gesamtförderung von rund 48 1/2 Millionen Tonnen.

Anfangs 1909 gehörten den Kohlenyndikaten 75 Zechengesellschaften an. Aber allein 13 von ihnen verfügten, die vorhin gezeigt, leistungsfähig schon über fast 60 Prozent der gesamten Kohlenförderung des Bezirks! Diese 13 Riesunternehmungen sind durch Personalunion, familiäre Beziehungen der Hauptbesitzer, Bankkonzerne usw. derart verflochten, daß heute schon nur noch ein Duzend überaus kapitalstarker Personen oder Familien die Herrschaft in dem größten europäischen Industriebezirk ausüben! Was dieses Duzend untereinander über die Förderung und die Preisstellung ausmacht, dem haben sich nicht nur die übrigen Syndikatsmitglieder, sondern dem hat sich auch die Konsumentenmasse zu unterwerfen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat ist der stärkste Rückhalt auch für die Kohlengrubenbesitzer in den anderen deutschen Bergwerksbezirken; es bestehen Preisvereinbarungen zwischen allen deutschen Grubenvereinigungen, wofür das rheinisch-westfälische Syndikat die Richtlinien angibt. Infolgedessen beherrschen das Duzend rheinisch-westfälischer Syndikatsmagnaten direkt und indirekt die gesamte Kohlenindustrie Deutschlands! Daß eine solche Machtstellung weniger Privatkapitalisten im höchsten Grade gemeingefährlich ist, kann nicht bestritten werden. Von einer Vergrößerung ist keine Rede mehr; es besteht ein Interesse der Gesamtbevölkerung schwer gefährdetes Privatmonopol! Aus dieser Anklammerung kann das Volk nur gerettet werden durch die Verstaatlichung des Bergbaues durch das Deutsche Reich! Auf alle Fälle ist ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorzuziehen.

Neben der Kohlenförderung hat sich die Herstellung von Stolz, Bricketts und der für die chemische Industrie erzeugten Nebenprodukte außerordentlich gehoben. 1908 sind 14,96 Millionen Tonnen Stolz, gegen 6,95 im Jahre 1898 erzeugt worden. 1898 waren 841 Koksöfen mit je 824 Tonnen Durchschnittsleistung in Betrieb, 1907 waren es 13 575 mit je 1169 Tonnen Durchschnittsleistung. Also auch hier eine enorme Zunahme der Produktionsintensität. Auf die dem Syndikat angeschlossenen Kohlenzechen, im Besitz von 14 Hüttengesellschaften, entfielen fast 5 Millionen Tonnen von der gesamten Stolzproduktion. Hierin liegt der große wirtschaftliche Vorteil dieser „gemischten Werke“; sie treiben unaufhaltsam zur weiteren Konzentration der Einzelwerke. Das Ende ist ein gewaltiger Montantrust nach amerikanischem Vorbild!

Um für sich einen ähnlichen Vorteil wie die Hüttenzechen zu erzielen, werfen sich die „reinen Kohlenzechen“ mit Macht auf die Herstellung von Bricketts. Sie belief sich 1898 erst auf 1 090 011 Tonnen, 1908 aber schon auf 3 335 710 Tonnen. Eine Brickettpresse lieferte 1899: 15 516, 1907: 16 870 Tonnen, ebenfalls wieder eine Erhöhung der Produktionsintensität von bedeutender finanzieller Tragweite für die Werke. An sehr hochwertigen Nebenprodukten bei der Kokszerzeugung sind von den rheinisch-westfälischen Grubengesellschaften 1908 u. a. gewonnen worden 11 972 108 Kubikmeter Leuchtgas, 171 812 Tonnen schwefel-saures Ammoniak, 20 607 Tonnen Anthrazenöl, 23 396 Tonnen Rohbenzol usw. Diese Nebenproduktengewinnung bringt manchen Werken den Hauptgewinn. Darum kann die Kohlengewinnung auch nicht mehr wie früher ausschlaggebend für die Beurteilung der Finanzergebnisse der Werke sein. Es gibt schon Werke, die infolge der beliebigen Berechnung der gesamten Betriebskosten nur auf die Kohlenförderung hierbei Zuzüge leisten, aber nur rechnerisch. Aus der Nebenproduktion erzielen dieselben Werke dafür viele hunderttausende Mark Gewinn.

Allein der Wert der Kohlenförderung, wie er von den Werken berechnet wird, betrug 1906: 672,5, 1907: 763,2, 1908: 831,4 Millionen Mark! Da trotz der starken Wirtschaftskrise die Kohlenmonopolisten auch noch 1908 rückwärts die Kohlenpreise steigerten, erbrachte die Kohlenförderung einen Mehrwert von über 68 Millionen Mark. Der Durchschnittswert der Tonne stieg von 9,52 auf 10,06 Mark! Das sind aber nicht die Verkaufspreise; die sind beträchtlich höher, werden aber immer noch nicht der Wertberechnung zugrunde gelegt. Auch wenn man nur den gegenüber den Verkaufspreisen zu niedrig angegebenen Durchschnittswert in Betracht zieht, dann stellt sich schon die Behauptung der Monopolisten, ihre fortgesetzten Preissteigerungen seien notwendig wegen der Steigerung der Arbeiterlöhne als eine Täuschung der Öffentlichkeit heraus! Das beweisen nachstehende Zahlen:

Jahr	Durchschnittswert der Tonne	Durchschnittslohn der Arbeiter	Anteil des Lohnes vom Durchschnittswert
1907	9,52 Mk.	4,87 Mk.	51,15 Proz.
1908	10,06 "	4,82 "	47,84 "

Sowohl absolut wie auch relativ ist der Arbeiterlohn 1908 herabgerückt worden! Die Bergarbeiter sind also nicht die Kohlenrentner!

Wenn man die Gesamteinnahme der Unternehmer für Stolz, Stolz, Bricketts, Teer, Ammoniak, Benzol, Niegelstein usw. zusammenrechnet, so kommt für 1908 sicher eine Gesamtsumme von weit über 1000 Millionen Mark heraus. Ueber diese Riesensummen verfügt ein relativ winziges Häuflein Unternehmer. Kein Wunder, daß die Syndikatsherren sich den von ihnen kommandierten mehr als 334 000 Arbeitern gegenüber als die Diktatoren fühlen und auch nicht vor einer unerbittlichen Forderung gegen die Regierung zurückschrecken. Die erzielten Riesengewinne werden wieder verwendet zur Erhöhung der Unternehmermacht; sie drängen geradezu zur immer unbesiegenderen Vermehrung und Verschmelzung der Werke, bis schließlich der allgebietende Trust perfekt ist. Dieser Entwicklung kann das Volk nicht ruhig zusehen. Es kann seine Versorgung mit einem so unerbittlichen Bedarfsartikel wie es die Kohle ist, nicht von der Willkür und Laune eines Häufleins Monopolisten abhängig lassen. Das widerspricht auch den vitalen Interessen des Staates, sofern er nicht eine Organisation zum Schutze der Ausbeuter seiner Bevölkerung sein will.

Wirtschaftliche Rundschau.

Konjunkturschwankungen. — Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. — Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Die Richtung der Konjunkturkurve.

Wenn es Aufgabe der wirtschaftlichen Berichterstattung ist, die Vorgänge und Zustandsveränderungen in der Warenherstellung auf dem Arbeits-, Geld- und Warenmarkt sowie auf dem Gebiete des Konsums festzuhalten und in ihrer Wirkung auf den gesamten wirtschaftlichen Organismus zu würdigen, so dürfen in der Arbeiterpresse vor allem die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte nicht übersehen werden. Denn gerade sie sind für die gewerkschaftliche Aktion von besonders hervorragender Bedeutung. Es ist nicht nur zwecklos, sondern schädlich, Veränderungen, die nun einmal eingetreten sind, nicht zu beachten oder sie gar bestreiten zu wollen. Es ist vom Standpunkte des Arbeiters als des Verkäufers der Ware Arbeitskraft auch falsch, die Lage des Arbeitsmarktes gewissermaßen um jeden Preis trübe zu schildern: keine Ware gewinnt auf dem Markte an Wert, wenn ihre Verkäufer den Schwankungen der Konjunktur mit fatalistischer Resignation gegenübersehen. Die Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Zeichen der Erholung, wie sie sich seit einiger Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen, übersehen werden, sondern sie wollen möglichst frühzeitig auf sie hingewiesen werden. Das schließt eine nüchterne Kritik der Symptome der Besserung keinwegs aus.

Der Monat April hat eine sichtliche Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkte gebracht. Die Feststellung dieser Wendung mag vielleicht auf den ersten Blick überraschen, aber das ist kein Grund, die Wendung einfach zu ignorieren. Die Bedeutung ist so wichtig für die Arbeiterschaft, daß sie nicht ernsthaft genug erörtert werden kann. Um die Bedeutung der im April auf dem Arbeitsmarkte eingetretenen Wendung zu ermessen, ist ein Rückblick auf den Arbeitsmarkt von dem Zeitpunkte ab, zu dem der gewerbliche Rückgang sich auf ihm äußerte, angezeigt. Zum ersten Male ging im Juni 1907 der Andrang über das Niveau des Vorjahres hinaus. Und zwar stellte sich der Mehrandrang auf je hundert offene Stellen nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ bis Dezember 1907, wie folgt:

Monat	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
	1,43	0,81	8,60	9,72	14,14	24,60	43,69

Während des Jahres 1908 schwankte der Mehrandrang zwischen 85,87 im Juni und 69,74 im Dezember. Man kommt das Jahr 1909. Hier brachen die bisher verfloffenen Monate folgenden Mehrandrang:

Monat	Januar	Februar	März	April
	36,36	45,50	27,39	7,1

Bis Februar einschließlich war der Mehrandrang noch äußerst stark. Im März setzte dann eine deutliche Abnahme ein, der Mehrandrang war wenigstens wieder niedriger als je in einem Monat seit Dezember 1907. Doch war diese Verminderung noch lange nicht so in die Augen fallend wie die des Monats April, in welchem der Mehrandrang gegenüber dem Vorjahre bis auf 7,1 Arbeit-suchende pro hundert offene Stellen zurückgegangen ist. Dieses scharfe Nachlassen des Ueberangebotes ist um so bemerkenswerter, als im April ein gut Teil des alljährlichen Neuangebotes auf den Arbeitsmarkt zu strömen pflegt. Auch im laufenden Jahre war dies der Fall. Die Menge der Arbeit-suchenden hat daher auch im April 1909 kräftig zugenommen.

Daß trotzdem eine so sichtliche Erleichterung auf dem Arbeitsmarkte eingetreten ist, ist auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades zurückzuführen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungewöhnlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen; die Einstellungen sind in einem Grade erfolgt, daß trotz der Zunahme des Angebotes die starke Abnahme des Mehr- andranges erfolgen konnte. Neben der Landwirtschaft, die Scharen freier Arbeitskräfte absorbierte, war es vor allem die ausgedehnte Wiederaufnahme der Bantätigkeit, die einem Heer Arbeitsloser und Arbeit-suchender wieder Arbeitsgelegenheit bot. Welter hat sich die Beschäftigten-ziffer schon recht nennenswert im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, im Holzgewerbe usw. gesteigert. Gegenüber diesen Steigerungen kann die Fortdauer oder gar noch Verschärfung der ungunstigen Lage im Kohlenbergbau sowie in der Maschinenindustrie nicht so sehr ins Gewicht fallen, um die Gesamtbesserung abzuwachen zu können. Im Kohlenbergbau nimmt allerdings die Arbeitsgelegenheit noch immer ab, während im Eisengewerbe und den weiter-verarbeitenden Industriezweigen die Lage wenigstens noch ziemlich ungeklärt ist.

Wenn wir von einer sichtlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkte reden, so ist damit schon gesagt, daß die gegenwärtige Lage noch keineswegs irgendwie befriedigend ist. Sie ist vielmehr absolut betrachtet noch immer recht ungunstig. Aber es ist ein Unterschied, ob die Ungunst in der Zukunft oder in der Vergangenheit begriffen ist, oder ob ihr Grad stabil bleibt. Die Ungunst geht zurück und trotzdem wird das Jahr 1909 noch unter dem Druck eines sehr erheblichen Ueberangebotes stehen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Jahr 1908 hindurch die Be-

schäftigtenziffer einen Stand zeigte, der fast das gesamte Neuangebot auf dem Arbeitsmarkte in die Kategorie der Arbeitslosen verwies. Wenn also 1909 die Beschäftigten-ziffer auch wieder kräftig zunimmt, so wird es doch noch recht lange dauern, bis das Neuangebot aus den Jahren 1908 und 1909 von der Nachfrage aufgenommen sein wird. Trotz der Erholung werden Rückschlüsse nicht ausbleiben. Die Signatur der Marktlage kann also durch die Formel ausgedrückt werden: steigende Nachfrage bei starkem Ueberangebot.

An den Börsen, vornehmlich an der Berliner Börse, werden die Gründe der Besserung im Wirtschaftsleben in den neuerlichen starken Anregungen aus Amerika gesucht. Diese Annahme ist durchaus oberflächlich. Es fällt allerdings auf, daß das Wiederaufleben von Handel und Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf den ersten Blick zeitlich zusammenfällt. Es fehlt auch nicht an gemeinsamen Ursachen der Erholung, die namentlich auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes zu finden sind. Bei uns in Deutschland gehen die ersten Anzeichen einer Erholung bis in den September 1908 zurück, während sie für die Vereinigten Staaten, soweit dies auf Grund des bisher bekannten Materials zu beurteilen ist, erst viel später zu beobachten waren. Ja, bis vor kurzem waren die Stim-mungsberichte aus den Vereinigten Staaten noch schwarz in schwarz gehalten, während sie jetzt nicht hell und licht genug ausgeputzt werden können. Da aber gerade die amerikanischen Stim-mungsberichte in besonders hohem Maße die Meinung der die Börse beherrschenden Kreise widerspiegeln, so sind sie nicht im geringsten geeignet, die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur wiederzugeben. Nur soviel kann unter Berücksichtigung einiger statistischen Materials behauptet werden, daß auch in den Vereinigten Staaten eine Wiederbelebung auf wirtschaftlichem Gebiete eingeleitet hat. Als feststehend kann die Zunahme der Bantätigkeit in den Städten, die Ausdehnung der sehr stark zurückgegangenen Rohleistungsgewinnung, die Steigerung des gesamten Güterverkehrs und die Steigerung der Umsätze im Handel bezeichnet werden. Soweit schon für die Monate des laufenden Jahres Nachrichten über den Arbeitsmarkt vorliegen, geht aus ihnen eine allmähliche Verringerung des Ueberangebotes hervor. Doch ist bei der unentwickelten Arbeitsmarkt-Berichterstattung über den Grad dieser Verringerung noch nichts zu sagen.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Groß-britannien, so fehlt es zwar auch hier nicht an deutlichen Symptomen der Erholung, aber bei der großen Abhängigkeit Großbritanniens vom Weltmarkt setzt sich die Besserung weit langsamer und schwächer durch als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Weltmarkt herrscht noch immer bei scharfem Wettbewerb eine mäßige Nachfrage. Die Ausfuhr Großbritanniens bleibt nach wie vor stark gebückt. Die Belebung des In-landsmarktes reicht aber nicht aus, um das britische Geschäftsleben entsprechend zu beeinflussen. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Zeiten der schwersten Stagnation auch in Großbritannien vorüber sind. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Wendung in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, namentlich unter den getrennten Arbeitern.

Uebereinstimmend ergibt sich für die drei führenden Industrieländer eine Frühjahrsebelebung, die graduell zwar sehr verschieden, doch stark genug ist, um behaupten zu können, daß die Konjunkturkurve sich wie der nach aufwärts bewegt, daß der auf dem Arbeitsmarkte bisher lastende Druck nachzulassen beginnt. Bleibt man freilich an Einzelheiten hängen und verallgemeinert jede ungunstige Nachricht, die der Alltag bringt, ohne alle Rücksicht, wie der einzelne Fall sich in das Gesamtbild einzureihen hat, so wird man nie zu einer systematischen Diagnose der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen sowie des Arbeitsmarktes im besonderen gelangen, sondern genau nach dem Vorbild der Handelspreise den einzelnen Vorgang als typisch nehmen. Privatkapitalistisch ist diese Art der Berichterstattung durchaus berechtigt, aber volkswirtschaftlich hat sie die bedenklichsten Schattenseiten. Geradezu aber schädlich ist diese überkommene Berichterstattung vom Standpunkte einer gewissenhaften Arbeitsmarktpolitik.

Berlin, Mai 1909.

Rich. Calver.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach: Alten-Essen, Eshagen, Elmshorn und Oldenburg (Groß.). Bitterfeld. Ueber die Werkstelle Mörzig wurde die Sperre verhängt.

Worms. Die Werkstätte der Möbelfabrik M. G. u. S. b. o. r. f. bleibt gesperrt bis auf weiteres.

3. Bezirk.

Uelzen. Wiederholt schon wurde hier eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet, die stets der Filiale Lüneburg angeschlossen war. Wegen der ungunstigen und un-geregelten Lohnverhältnisse reisten die Kollegen bald wieder ab, so daß es an einem gewissen Stamm von Kollegen fehlte, und die Folge davon war, daß die Zahl-stelle bald wieder einging. Schon im Jahre 1901 wurde von den hiesigen Kollegen ein Tarif bei 35 Pfg. Stunden-lohn aufgestellt. Ein Teil der Meister weigerte sich da-mals, selbst diese beschriebene Forderung anzuerkennen. Hierauf reisten die Kollegen von hier ab, ohne daß hier-durch etwas geschaffen wurde. In Anbetracht dieses be-fund bisher noch die 11stündige Arbeitszeit, wozu auch im Baugewerbe die Arbeitszeit eine 10stündige war. Die ge-zahlten Stundenlöhne waren recht unterschiedlich und richteten sich vornehmlich nach der Jahreszeit. Im Herbst 1908 wurde nun erneut eine Zahlstelle hier errichtet, die diesmal der Filiale Hamburg angegliedert wurde. Nach-dem die hier beschäftigten Kollegen, bis auf einen, sich der Zahlstelle angeschlossen hatten, wurde von neuem ver-sucht, ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Die somit eingeleitete Lohnbewegung ist nunmehr zu Ende geführt, indem es mit dem Arbeit-schutzverband für das Maler-gewerbe zu einem Tarifab-schluss gekommen ist. Zunächst wurde die 10stündige Arbeitszeit, die bis auf zwei Werk-stellen in diesem Jahre bereits durchgeführt war, tariflich festgelegt, und zwar von 6 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends, mit einer Frühstücks-, Mittags- und Feierpaus-e. Der Stundenlohn wurde für Gehilfen über 20 Jahre auf 60 Pfg. vereinbart, für die übrigen auf 47 Pfg. Die Auf-

schläge für Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeiten haben nach dem Normaltarif ihre Erledigung gefunden, bisher wurde in den meisten Fällen nichts dafür bezahlt, über als ein Gehalt betrachtet. Der Tarif tritt mit dem 24. Mai in Kraft und ist somit zunächst eine Grundlage geschaffen, auf der bei den nunmehr bevorstehenden Verhandlungen weiter aufgebaut werden kann. Ein weiterer Mißstand dürfte dadurch ebenfalls behoben sein, weil bisher den Gehilfen weder Handluch noch Nagelbürste geliefert wurde, trotzdem hier nur mit bleibhaltigen Farben gearbeitet wird. (Hieraus geht wiederum zur Genüge hervor, wie wenig die Polizeibehörde die gesetzlichen Bestimmungen überwacht, die zum Schutze der Arbeiter bestimmt sind.) Das zum Teil hier noch übliche Kost- und Logiswesen beim Meister dürfte nun auch bald verschwinden sein, indem die Meister den Gehilfen es freigestellt haben, ob sie dieses Verhältnis fortbestehen lassen wollen.

5. Bezirk.

Magdeburg. Tarifa b j c h l u s. Seit drei Jahren bestand bekanntlich hier mit dem Arbeitgeberverband kein Tarifverhältnis mehr. Nur die H.-D. hatten seinerzeit vor Erledigung der Lohnbewegung einen Tarif abgeschlossen, während unser Verband mit der freien Zunftung einen solchen mit 2,5 mehr Minimallohn vereinbarte. Nachdem der Normaltarif abgeschlossen war, verlangten wir, obwohl der Tarif der H.-D. schon auf Grund des vorjährigen Schiedspruches bis Ende dieses Jahres weiterzulassen hatte, vom Arbeitgeberverband als Kontrahenten des Normaltarifs auf dessen Grundlage einen Tarif. Damit erklärten sich auch die Kollegen des Gewerkevereins nach erfolgter Verständigung einverstanden. Der Magdeburger Arbeitgeberverband lehnte jedoch zunächst jede Verhandlung ab, stützte sich dabei auf den weiterlaufenden Tarif der H.-D. und deutete unsere Passivität während der letzten drei Jahre so, als hätten wir damit dem Tarif mit den H.-D. stillschweigend zugestimmt und uns bis Ende dieses Jahres mit festgelegt. Wegen dieser einzigartigen Forderung intercedierten wir dann durch den Bezirksleiter beim Gewerkeverband und, als dessen Befürwortung unseres Standpunktes in Magdeburg nichts fruchtete, beim Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes. Als auch dieser zu Verhandlungen rief, ließen sich die Magdeburger Herren zu solchen herbei, wodurch dann ein Tarif zustande kam mit 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, 51 s Mindestlohn für Maler über und 44 s für Maler unter 20 Jahren; Anstreicher erhalten 43 s. Alles übrige ist dem Normaltarif angepaßt. Der Tarif erstreckt sich zunächst noch auf 9 in der Nähe Magdeburgs gelegene Orte. — Nach dreijähriger tarifloser Zeit wird dieser Tarif auf alle Fälle eine wesentliche Gesundung in die Magdeburger Verhältnisse bringen, nicht nur allein zu unsren Gunsten, sondern auch zugunsten der Arbeitgeber, die eingelassenermaßen unter den durch den dreijährigen Kriegszustand geschaffenen Verhältnissen schwere Opfer, besonders durch Büchsen von Schnulzkonturen haben bringen müssen.

Greiz i. B. Auch Greiz gehörte bisher noch zu den Städten, die trotz guter Organisation, besonders infolge der Herrschaft unter den Arbeitgebern, keinen Tarif abgeschlossen hatten. Einigenmaßen auch ohne Tarif geordnete Verhältnisse und einige auf unser Betreiben erfolgte Lohnerhöhungen ließen das Fehlen des Tarifs den Kollegen nicht allzu drückend erscheinen. Jetzt ist nun auch hier nach mehrfachem Verhandeln, wobei sich die Meister recht hartnäckig zeigten und es beinahe zum Streik geziehen hätten, ein Tarif abgeschlossen worden: 9 1/2 stündige Arbeitszeit (wöchentlich 56 1/2 Stunden), 42 s Mindestlohn für Maler über 20 Jahre und 37 s für Maler unter 20 Jahren und für Anstreicher. Die übrigen Bestimmungen entsprechen dem Normaltarif. Der Tarif erstreckt sich auf Greiz und 7 in der Nähe gelegene Orte; weitere Orte sollen herangezogen werden. Die große Fähigkeit der hiesigen Meister, bevor sie zu einigermaßen annehmbaren Lohnzuständen sich herbeiließen, wird sicherlich diejenigen Kollegen am Orte beschert haben, die immer noch glauben, die Arbeitgeber würden jemals einen Pönung mehr bewilligen, als ihnen durch unsre Organisation abgerungen wird.

7. Bezirk.

Weilheim. Zum Abschluß eines Tarifes ist es nunmehr auch hier gekommen, dessen Hauptpunkte sind: zehnstündige Arbeitszeit pro Tag, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit 1/2 stündiger Frühstückspause und 1 1/2 Stunden Mittag. Der Lohn beträgt für Maler über 20 Jahre 50 Pfg. und für solche unter 20 Jahren 45 Pfg. pro Stunde; für Anstreicher über 20 Jahre 45 Pfg., unter 20 Jahren 40 Pfg. pro Stunde. Der Tarif hat Geltung für die Orte Weilheim, Reichenberg und Otterding.

Aus unserem Berufe.

Die Weisheitsfrage in Frankreich. Dem langjährigen Kämpfe unserer französischen Kollegen gegen die giftigen Weisheiten wurde endlich der ersehnte Erfolg zuteil. Der französische Senat nahm am Freitag den 21. Mai den ihm bereits mehrere Jahre vorliegenden Gesetzentwurf der Kammer an, der die Verwendung von Weisheitsmitteln verboten werden, wird eine Entschädigung gewährt. Trotzdem sämtliche Ministerien für ihre Messortz und eine große Anzahl Kommunalbehörden schon längst die Verwendung von Weisheiten verboten hatten, war es der kleinen Majorität der Fabrikanten infolge ihres großen Einflusses in dem Senat möglich, dem gesetzlichen Verbot alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Nunmehr sind die letzten Schranken gefallen und unsrer Kollegen schaft wie den parlamentarischen Arbeitervertretern gebührt das hauptsächlichste Verdienst, mitgewirkt zu haben im Kampfe gegen die Weisheitsfrage, der so viele Kollegen zum Opfer gefallen.

Der christliche „Schornstein“ im „Maler“. Heber die von uns in der Nr. 20 des V.-A. erteilte Antwort M. der Reporter des „Maler“ sehr aufgebracht. Der Artikel scheint erfreulicherweise gewirkt zu haben, denn der letzte Bericht über „Arbeiterbewegung“ nimmt nur einwörtlich Spalten des fraglichen Meisterorgans ein. Die Antwort war also weniger erträglich.

Der Artikelschreiber gebärdet sich in dieser Nummer, als sei der V.-A. nicht in der Lage gewesen, auf das großartige Blech in den zwei letzten Artikeln zu erwidern. Wir müssen allerdings eingestehen, daß es tatsächlich nicht möglich war, auf solche „journalistischen“ Glanzleistungen zu erwidern, denn die fünf Spalten lange Abhandlung in Nr. 19 und der zwei Spalten lange Artikel in Nr. 20 über die Verwertung der Arbeitskraft beweisen einen solchen hohen Einblick in die soziale, wirtschaftliche und politische Lage, daß hier jeder Widerstreit aufhört. Man muß sich nur wundern, daß es noch Leute gibt, die sich einen solchen Mühsinn als geistige Nahrung vorsetzen lassen.

Der Artikel, der sich mit dem höheren Standpunkt des V.-A. befaßt, widerspricht sich zum mindesten ein dutzendmal; jeder zweite Satz hebt wieder auf, was im ersten behauptet wurde usw. Die Oberflächlichkeit der ganzen Schreiberei wollen wir unsern Kollegen an einigen Auszügen beweisen: „Mit wirklich strebsamen Arbeitern kommt der Arbeitgeber am weitesten, das ist bekannt. Nur darf der Arbeiter bei all seinem Streben nicht außer acht lassen, daß er auch all den Erfordernissen zu entsprechen hat, die sich aus den obwaltenden, nun einmal nicht zu ändernden Verhältnissen ergeben und er vor allem in seinem Verhalten alles zu vermeiden hat, was gegen die natürlichen Gesetze verstößt könnte.“

„Wenn also der „Vereins-Anzeiger“ von Menschen spricht, deren Arbeit schon getan sei, wenn sie morgens aufstehen usw., so kann es ja Leute geben, denen die Verhältnisse es gestatten, so zu leben. Ob man nun solche Verhältnisse als richtig ansieht oder nicht, daß der eine nichts arbeitet und doch zu essen hat, während der andere aufs schwerste arbeiten muß und dabei kaum zu essen hat, man kann dagegen nur in etwas ausgleichend wirken, die Verschiedenartigkeit selbst unmöglich machen, aber nicht, weil sie eben von den natürlichen Gesetzen ausgeht, unter denen der Mensch steht, die er selbst nicht gemacht hat und die er darum auch nicht ändern kann.“

In ähnlicher Weise geht es nun so weiter. Man müßte Wort für Wort eines derartigen Mühsinns widerlegen, aber dazu ist uns der Raum unsrer Zeitung doch zu schade, um so mehr, als wir unsern Lesern Dinge wiederholen müßten, die sie schon längst begriffen haben. Schließlich schreiben wir den „Vereins-Anzeiger“ auch nicht, um unnütze Befehlungs- und Aufklärungsversuche an den Gegnern zu machen, sondern unsern Kollegen zur Belehrung und Unterhaltung.

Der Gipfel der Einfältigkeit erklimmt der Artikel-fabrikant des „Maler“ jedoch in Nr. 20, indem er seinen Lesern (wohlgemerkt: Malermeistern) folgende Geschichte erzählt:

Dieser Tage klagte dem Verfasser dieser Zeilen eine Dame, daß sie schon seit acht Wochen die Anstreicher im Hause habe und gar nicht wisse, wie sie wieder hinaus bringen. Was lange ich nur an? In vier bis fünf Tagen, so sagte mir der Meister, könnten die Arbeiten gemacht sein, und nun schon acht Wochen und noch nicht abzusehen, bis wann sie beendet sein werden! Man ersieht bald im Schmutz, alles geht zugrunde, die Hausbewohner werden immer unzufriedener. Und was die Geschichte nun erst kosten wird! Hätte ich nur die Sache nicht angefangen, das Haus wäre noch lange auch so gut gewesen. Es ist zum Verzweifeln, in meinem Leben kommen mir keine Anstreicher mehr ins Haus! So die Dame. Da kann auf jeden Fall etwas nicht in Ordnung sein, wenn eine Arbeit mehr Wochen dauert, als Tage dafür angegeben waren. Woran es liegt, das wissen wir nicht; nehmen wir an, der Grund sei gemüthliches Arbeiten, was würde dann der Ausruf: „In meinem Leben kommen mir keine Anstreicher mehr ins Haus!“ bejagen? Daß die Folge gemüthlichen Arbeitens nicht, wie der „Vereins-Anzeiger“ lehrt, vermehrte, sondern verminderte Arbeitsgelegenheit wäre.“

Und solchen Koll traut sich der „Maler“ seinen Abonnenten, die zukünftige Malermeister sind, vorzusetzen! Wenn diese schöne Geschichte in einem Eingekleidet des „Posenwäcker Generalanzeigers“ geschrieben wäre, so wäre sie zu verstehen; aber in einem sog. offiziellen Arbeitgeberorgan, das den Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden und das verwundert tut, wenn man einer Polemik mit ihm aus dem Wege geht, sollte man denn doch etwas anderes erwarten. Der Malermeister der guten Dame muß noch ein sonderbarer Kerl sein, als der Artikelschreiber des „Maler“. Unse Kollegen wissen die Geschichte von einer andern Seite zu würdigen.

Frankfurt a. M. In fünf öffentlichen Versammlungen sprach der Kollege Str e i n e - L e i p z i g im Filialgebiet Frankfurt a. M. über das Thema: „Wer vertritt die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Maler, Lackierer, Anstreicher, Zincher und Weißbinder Deutschlands?“ Redner entledigte sich seiner Aufgabe in ausgerechneter Weise. In allen Versammlungen, die sämtlich sehr gut besucht waren, herrschte eine recht erfrischende Stimmung. Ebenso hatte die in Verbindung mit der Versammlung betriebene Haus- und Bauernagitation guten Erfolg. Die Belebung in der Agitation, die wohl neben einer allgemeinen intensiven Verbreitung auch ihre Ursache in der in diesem Jahre bedeutend besseren Arbeitsgelegenheit hat, spiegelte sich auch in den Versammlungen deutlich wider. Die Zahl der in diesem Frühjahr bezw. bis jetzt neu aufgenommenen Kollegen ist annähernd ebenso groß, wie die des ganzen vorigen Jahres. So macht sich überall eine deutliche Aufwärtsbewegung bemerkbar. Auch die in Aussicht stehenden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband tragen viel dazu bei, reges Leben zu entwickeln, das Selbstvertrauen zu heben, aber auch das Vertrauen in die Organisation zu festigen. So hat sich die Hoffnung und der Wunsch vieler unser Gegener nicht erfüllt. Trotzdem die allgemeine Geschäftslage noch sehr viel zu wünschlichen übrig läßt, geht es erfreulich vorwärts.

Königsberg i. Pr. Nachdem wir hier einen äußerst langen und harten Winter überstanden, der in so manche Familie unsrer Kollegen Not und Glend brachte, hoffte man, daß der Frühling nun genug Arbeit und Verdienst bringen würde, um wenigstens die drückendsten Sorgen fernzuhalten. Für einen großen Teil unsrer Kollegen hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt.

Auch der „Bonnenmonat“ ist für viele noch ein Hungermonat gewesen. Von einer aufsteigenden Konjunktur ist hier so gut wie nichts zu merken. Gebaut wird fast gar nicht und die Privatarbeiten reichen bei weitem nicht für alle die Hände aus, die gerne schaffen möchten. Unter diesen Umständen ist es gar nicht verwunderlich, daß dem hiesigen

Unternehmertum gewaltig der Kamm geschwollen. Was sich die Herren ihren Gehilfen gegenüber manchmal herausnehmen, ist kaum zu glauben. Abgesehen davon, daß der mit dem ehemaligen Streikbrecherverein abgeschlossene Tarif, den die Christen übernommen, durchaus nicht immer eingehalten wird, werden den Kollegen in verschiedenen Werkstätten des öfters ganz unberechnete Abzüge gemacht. Wer sich dieses nicht gefallen läßt und sein gutes Recht gar auf dem Klagewege zu verfechten sucht, kann einfach gehen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß gerade bei den Unternehmern die geringsten Nebelstände sich bemerkbar machen, die speziell die Kollegen in den christlichen Verein hineinpressen wollen. Nichts rührt sich aber deshalb bei den Christen. Die haben wichtigeres zu tun. Nach wie vor erblickt ihr Führer seine Hauptaufgabe darin, die Unternehmer gegen unsre Kollegen scharf zu machen. Was diese Leute durch ihr verwerfliches Treiben erreichen werden, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls aber nicht das, was sie gerne erstreben möchten. Trotz all diesem können wir, der Ungunst der Verhältnisse entsprechend, vorläufig mit der Entwicklung unsrer Organisation zufrieden sein. Ein guter Stamm unsrer Kollegen hat die Krise sowie die gelbe und auch die christliche Seuche überstanden. Auch unter den unglücklichsten Verhältnissen ist es uns gelungen, neue Mitglieder dem Verbanne zuzuführen. Eine bessere Konjunktur, die ja schließlich doch mal kommen muß, wird uns wieder auf die Höhe bringen.

Als einen schönen Erfolg können wir wohl die Wiedererrichtung der Zahlstelle J u s t e r b u r g begrüßen. Von christlicher Seite hat man alles versucht, um die dortigen Kollegen für ihren Verband einzufangen. In gerader gemeiner Weise hat man von jener Seite uns zu verleumden gesucht. In aufdringlicher Weise, ja selbst durch versteckte wie offene Drohungen suchte diese Sorte Arbeitervertreter dort Einfluß zu gewinnen. Doch an dem glücklicherweise gefunden Sinn der Justerburger Kollegen-schaft scheiterte dies eigenartige Liebeswerben. Wir können wohl mit Zug und Recht behaupten, daß gerade die Agitationsweise des christlichen Agitationsleiters uns die Gründung der Zahlstelle ungemein erleichtert hat. Es blieb unsern Kollegen Ludwigkeit, der in einer Zusammenkunft der Justerburger Kollegen ein kurzes Referat hielt und näherer Aufklärung über unsern Verband gab, nach so guter Vorarbeit von jener Seite nicht mehr viel zu tun übrig. Sämtliche 23 anwesenden Kollegen erklärten sofort wie ein Mann ihren Beitritt zu unsrer Organisation und versprachen, für unsern Verband zu werben, bis auch der letzte Kollege in Justerburg sich uns angeschlossen hat. Wenn der Geist, der diese Kollegen z. B. befehl, anhält, dann wird auch Justerburg als ein guter Vorposten für unsern Verband hier im Osten zu bezeichnen sein. Daß auch für die Königsberger Kollegen ein Tag des Erwachens kommen wird, dafür werden schon die Verhältnisse am hiesigen Plage das nötige tun. Bis dahin aber soll es unsre heiligste Pflicht sein, unermüdet für unsern Verband zu werben und Aufklärung zu verbreiten. Erfüllt hierin ein jeder Kollege seine Pflicht, so muß es uns gelingen, in absehbarer Zeit auch Königsberg zu einer Hochburg unsrer Organisation zu machen, in der Unternehmertum und Organisationszerstörer keine Stätte haben. Darum auf, Kollegen! Mit neuem Mut zu unermüdetem Arbeit für unsern Verband!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die „technische Geschichtsauffassung“. In einer vom Akademischen Freibund einberufenen Versammlung in Frankfurt a. M. sprach, wie wir der „Frankf. Volkstimme“ entnehmen, Professor Dr. S t a n d i n g e r aus Darmstadt über „die Stellung der Gebildeten zum öffentlichen Leben“. Vor 70 bis 80 Jahren, so führte der Vortragende aus, wurden gerade die vorgeschrittenen Gebildeten als Demagogen verfolgt, weil sie die Freiheit der Meinungsäußerung, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Einheit des Vaterlandes auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dann kam eine bessere Zeit, eine Zeit der Entfaltung. Jetzt ist es bereits wieder Winter. Was noch bis vor 10 Jahren an Hoffnung bestand in bezug auf Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit, ist zum größten Teil zu Grabe getragen. Wie verhält sich nun das Geistige zum Materielle? Das ist jetzt die Frage. Die Antwort lautet: Das Geistige wird beengt durch das Materielle. Überall finden wir die Unterordnung des Willens unter die Bedingungen des Zusammenhangs. Wir sehen das am klarsten in der Technik; aber wie in der Technik, so ist es in der menschlichen Gesellschaft als solcher. In dem gesellschaftlichen Zellsystem gestalten wir die Dinge, ohne es zu wissen. Und nun zeigte der Redner aus der Geschichte, wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zellformen einander abgelöst, einander verdrängt haben. Die neueste wirtschaftliche Zellform sind die Kartelle, Ringe. Wir leben nicht mehr in einer Zeit der freien Konkurrenz. Die Ringe und Kartelle beherrschen die Wirtschaft; sie diktiert die Bedingungen für den Käufer und den Verkäufer. Diese Zellform trägt nicht mehr die Freiheit in sich, sondern den Zwang. Aus dem freien Kauf und Verkauf ist ein Zwang geworden. Die gekrönten Könige und Fürsten bürgen noch Hof halten und allerlei Repräsentation erfüllen; aber die eigentlichen Herrscher sitzen auf den Kohlengruben, in den Industrieräumen, im Großgrundbesitz. Sie „schmeißen“ die Minister, wenn diese nicht Order parieren. Die neueste Zellumformung wird und muß unser Staatswesen, unser Recht, unsere Freiheit, unsere Kultur zunehmend zerstören. Schon heute haben wir nicht mehr die Freiheit der Wissenschaft, wie etwa vor dreißig Jahren. Das beste Thermometer für Kulturbestand und Freiheit ist die Behandlung der religiösen Überzeugung. Hier kann man sehen, daß etwas im Staat nicht in Ordnung ist. Der Rückschritt in der Kultur folgt stets dem wirtschaftlichen Rückschritt. Liberale und Sozialisten glauben nun, daß man dem entgegenwirken könne durch Aufklärung, durch Stärkung des Willens. Aber aus der Geschichte wissen wir, daß der Geist nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Zellformen wirken kann, und daraus folgt die weitere Erkenntnis, daß auch die schönste Anschauung den wirtschaftlichen Rückschritt nicht ins Gegenteil verwandeln kann. Wir sind dazu verurteilt, wenn wir kein Gegen-gewicht schaffen, einmal durch einen hierarchischen Kapitalsozialismus zusammengeknüpft zu werden. Diese Hierarchie der Großkapitalisten wird schimmer, unerbtlicher sein, als die mittelalterliche Stierarchie. Sie wird jeden

Willen brechen. Wir gehen einer langdauernden Rückwärtsbewegung entgegen. Das ist unser Schicksal und muß unser Schicksal sein.

Eine Hoffnung allerdings haben wir noch, unsere geistigen, unsere Kulturwerte zu erhalten. Sie liegt nicht auf politischem Gebiet. Wir können unsere geistigen Güter vielmehr nur erhalten, wenn wir der geschichtlichen wirtschaftlichen Zellform ein anderes wirtschaftliches Zellsystem entgegenstellen: die Konsumentenvereinigung. Darin stecken wieder neue wirtschaftliche und rechtliche Kräfte, die nur entfaltet zu werden brauchen. Unsere heutige Gesellschaft ist eine Produzentengesellschaft; die Parteien sind Produzentenparteien; sogar die Kirche ist eine Produzentenorganisation. Wenn es nun wahr ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Grundlage darstellen, auf der sich das geistige Leben aufbaut, und wenn es wahr ist, daß die heutige Produzentengesellschaft zum geistigen und kulturellen Rückschritt führt, so müssen wir uns eben zur Erhaltung unserer geistigen Güter eine andre wirtschaftliche Grundlage schaffen, die geeignet ist, die Kapitalhierarchie mit ihren verderblichen Folgen für die Kultur zu durchbrechen. Und was könnte es da anders für eine Grundlage geben, als den gemeinschaftlichen Bezug der Bedürfnisse? Während die Triebkraft der Produzentenorganisation absolutistisch, terroristisch ist, bringt die Konsumentenvereinigung die Menschen näher; sie vereinigt organisch das Individuelle mit dem Sozialistischen, und ihr wird es auch gelingen, die Diktatur der Kartelle zurückzuführen, sobald unsere Kulturwerte erhalten werden. Danemarsk ist durch sein Genossenschaftswesen groß geworden. — Es ist ein Zeichen der Zeit, daß man „Gebildeten“ erst noch sagen muß, welche Kräfte in der Genossenschaft schlummern. Die Ringe und Kartelle haben es erkannt; aus Selbsterhaltungstrieb kämpfen sie gegen die Genossenschaft. Wir müssen uns, ohne auf andre Kulturwerte zu verzichten, klar sein, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß der einzige Weg ist, uns aus der Zusammenknüpfung durch die Kartelle loszulösen. Liberal sein, heißt Rechte erhalten, gleiches Recht, und das kann man nur auf genossenschaftlichem Wege.

In der Diskussion wandten sich mehrere Redner gegen die Ausführungen des Referenten. Sie wollen nicht zugeben, daß die wirtschaftliche Form ausschlaggebend für das geistige Leben, daß sie die Grundlage der Kultur ist. Professor Staudinger ließ in seinem Schlusswort keinen Zweifel darüber, daß es nach seiner Ansicht mit dem Leben von Freiheit und Idealismus nicht getan ist. Seine Ausführungen seien nicht, wie ein Diskussionsredner gemeint habe, ein Ausfluß der materialistischen Geschichtsauffassung gewesen, sondern er möchte es technische Geschichtsauffassung nennen. Gevish, die Triebkraft jedes ökonomischen Vorgangs ist der menschliche Wille, aber die Lebensbedingungen bestimmen die Form des Willens. Man soll nicht den Geist neben die Materie stellen, sondern ihn hineingeben. Idealismus nicht neben den Dingen, sondern in den Dingen! Wir wollen unsern Idealismus gerade dadurch zeigen, daß wir das kleine materielle Ding des Konsumvereins entwickeln zur Erhaltung unserer Kultur. Leben für den Idealismus, nicht sterben dafür! Für mich liegt in meiner Auffassung keine Resignation, sondern das Gegenteil. Materialismus und Idealismus stehen sich nicht entgegen, sondern gehen ineinander auf. Den materialistischen Boden vernachlässigen, heißt allen idealen Boden verlieren. Der Liberalismus hat dadurch schon großen Schaden erlitten.

Der Zentralverband der Maurer veröffentlicht den Jahresbericht für 1908, in dem er als die hervorragendsten Merkmale des Jahres einen ganz ungewöhnlichen Tiefstand der Konjunktur, einen frühen und einen harten Winter und einen wichtigen Vorstoß der Unternehmerverbände nennt. „Seit länger als einem Jahrzehnt haben die Maurer nicht eine so viele Personen erfassende und so andauernde Arbeitslosigkeit kennen gelernt, als im Jahre 1908; in fast allen namhaften Städten wurde selbst in der besten Bauzeit die Nachfrage nach Arbeitskräften von dem Angebot weit übertroffen.“ Der Verband hat unter dem Druck dieser Verhältnisse erheblichen Mitgliederverlust gehabt, als es nach den zuerst bekannt gewordenen Zahlen schien. In den letzten drei Jahren betragen die Mitgliederziffern der ersten und vierten Quartale:

	1906	1907	1908
1. Quartal	169 242	190 622	180 272
2. Quartal	183 747	180 792	163 842
Arbeitslosigkeit und Mitgliederverlust haben naturgemäß auch die Verbandsbeiträge verringert. Immerhin sind die Differenzen zwischen 1907 und 1908 nicht allzu erheblich, wenn nur die regelmäßigen Beiträge miteinander verglichen werden. Sie betragen:			
	1908		1907
Verbandsbeiträge	3 019 262,21	3 418 214,87	
Zuschlagsbeiträge	412 948,55	459 365,78	
Zusammen	3 432 210,76	3 877 580,65	

Die Mindereinnahme beträgt 11,5 Proz. Auf das einzelne Mitglied entfallen im Jahre 1908 17,25 M. und 1907 17,55 M. Verbandsbeitrag, 2,36 M. (1907 2,38 M.) Zuschlagsbeitrag und 20,97 M. (1907 26,06 M.) Gesamteinnahme.

Die Gesamtausgaben des Verbandes (in der Hauptkasse und in den Gau- und Zweigvereinskassen) betragen 2 601 993,21 M. gegen 3 791 974,39 M. im Jahre 1907.

Von den Ausgaben entfallen auf Agitation 262 972 M., Streiks im eignen Gewerbe 394 094 M., Streikunterstützung an andre Gewerkschaften 1809 M., Gemahregelunterstützung 101 501 M., Rechtschutz 52 642 M., Reiseunterstützung 55 190 M., Krankenunterstützung 401 355 M., Beihilfe in Sterbefällen 95 922 M., Notstandsunterstützung 43 768 M. usw.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse sind auch im vorigen Jahre nicht unbedeutende Errungenschaften gewerkschaftlichen Charakters zu verzeichnen. Ganz abgesehen von dem großen Wert der abgewehrten Verschlechterungen, sind auch für eine größere Anzahl Verbandsmitglieder Lohnverbesserungen erzielt worden. Die abgeschlossenen Tarifverträge umfassen 301 Lohngebiete mit zirka 3320 Orten und 72 000 Maurern. Im 182 Lohnbezirken wurde für 41 906 Maurer eine Lohnverbesserung erzielt. Diese betrug für 18 296 Maurer durchschnittlich 1,94 M. pro Stunde und für 28 610 Maurer 1,8 M. pro Stunde. Ferner wurde die Arbeitszeit für 1426 Maurer um 1/2 Stunde und für 80 Maurer um 1 Stunde pro Tag verkürzt. Soweit das

Resultat der Tarifbewegung, die dem zentralen Abschluß unterstand. Daneben brachten die Lohnbewegungen in andern Bezirken Erfolge für eine recht große Zahl von Personen. 48 798 Maurer erhielten dadurch eine Lohnverbesserung von 2,35 M. pro Stunde und für eine nicht unerhebliche Zahl wurde die Arbeitszeit verkürzt. Insgesamt erstreckte sich die Tarif- und Lohnbewegung auf 527 Lohngebiete mit 7542 Orten und 95029 beteiligten Maurern. In 63 Lohngebieten kam es zum offenen Kampfe.

Der Jahresabschluss des Porzellanarbeiterverbandes ergab einen Mitgliederbestand von 11240 in 195 Zahlstellen. Der Vermögensbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals laufenden Jahres 79 526 M.

Der Transportarbeiterverband schloß das Jahr 1908 ab mit einem Mitgliederbestand von 87 746 und einem Klassenbestand von 408 125,63 M.

Die Zuverlässigkeit der gewerkschaftlichen Lohnstatistik wird wieder einmal bestätigt durch eine Abhandlung in dem vom Reichsstatistischen Amt herausgegebenen „Reichs-Arbeitsblatt“ über die Lohnstatistik in Deutschland. Es ist hinreichend bekannt, daß wir es in Deutschland noch nicht zu einer allgemeinen amtlichen Lohnstatistik gebracht haben. In dem erwähnten Artikel wird nun zusammengestellt, was sonst an Lohnnachweisen vorhanden ist. Zunächst werden die nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagelöhner erwähnt, ferner die alljährlich in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Berufsvereinigungen, in denen die Zahl der im Berichtsjahre beschäftigten Arbeiter und die Summe der von ihnen verdienten arbeitsfähigen Gehälter und Löhne bekannt gegeben werden. Aber im „Reichs-Arbeitsblatt“ wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Nachweise als keine brauchbare Lohnstatistik angesehen werden können, weil die arbeitsfähige Lohnsumme sich nicht mit der wirklich verdienten Lohnsumme deckt. Besser stehe es mit der Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse. Zwar gestatte auch diese Statistik nicht, Schlüsse auf den wirklichen Verdienst der Mitglieder zu ziehen, sie bietet aber trotzdem ein wertvolles Material zur Beurteilung der Lohnverhältnisse in den einzelnen Gewerben und für die beiden Geschlechter. Auch die Tariflöhne verdienen für die Beurteilung der Lohnverhältnisse aus dem Grunde eine besondere Beachtung, weil es sich dabei um die für längere Zeit feststehenden Lohnsätze großer Erwerbszweige handelt. Als Lohnstatistische Arbeiten werden noch angeführt die Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes über Arbeitslohn und Arbeitszeit der Gemeindefabrikanten in deutschen Städten, ferner die jährlich dem Reichstage vorgelegten statistischen Zusammenstellungen über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung und der preussischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Seeresverwaltungen und verschiedener anderer von den Bundesstaaten veröffentlichten Arbeiten dieser Art. Eine weitere Gruppe Lohnstatistischer Arbeiten besteht in den amtlichen Untersuchungen einer Anzahl Städte.

Die Ergebnisse all dieser Erhebungen vermögen aber, so heißt es im „Reichs-Arbeitsblatt“, keine sichere und ins einzelne bringende Erkenntnis der Lohnverhältnisse der gesamten deutschen Arbeiterkraft oder auch nur eines erheblichen Teiles derselben zu ermitteln. Diese Ergebnisse geben insbesondere keinen Aufschluß über die viel erörterte Streitfrage, ob und inwieweit die Lohnsteigerungen der letzten Jahre durch die ebenfalls gestiegenen Kosten der Lebenshaltung wieder ausgeglichen werden. Ein Bedürfnis für solche Erkenntnis ist aber in hohem Grade vorhanden, und zwar ganz besonders bei der Arbeiterkraft selbst. Sie hat erkannt, daß zahlenmäßige, den Tatsachen entsprechende Nachweise ihrer Erwerbsverhältnisse und Lebensbedingungen eine unentbehrliche Waffe in ihrem Kampfe um bessere Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bilden. Mit zielbewusster Tatkraft haben sich daher die Arbeiterverbände der Aufgabe gewidmet, durch statistische Erhebungen ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse klarzulegen. Mit großem Fleiße, unter Aufwendung erheblicher Mittel haben sie in überaus zahlreichen Veröffentlichungen die Ergebnisse ihrer Lohnstatistischen Erhebungen bekannt gegeben. Je nach der Größe der Verbände, den aufgewendeten Mitteln und der zugrunde gelegten Methode wohnt diesen Erhebungen jedoch ein sehr verschiedenartiger Wert inne. In ihrer Gesamtheit aber bilden sie brauchbare Beiträge zur Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Arbeiterkraft.

Von den Erhebungen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wird gesagt, daß sie an sich eine geringe Bedeutung haben, weil die Zahl der in Hirsch-Dunderschen Vereinen organisierten Arbeiter im Verhältnis zur gesamten deutschen Arbeiterkraft gering ist. Dagegen wird im „Reichs-Arbeitsblatt“ von „den außerordentlich zahlreichen, zum Teil sehr eingehenden Lohnstatistischen Erhebungen der freien Gewerkschaften“ gesprochen, die, trotz der vielfachen anhaftenden Mängel, eine wertvolle Bereicherung der deutschen Lohnstatistik bieten. Nachdem Johann 78 der hauptsächlichsten Lohnstatistischen Veröffentlichungen der Gewerkschaften nach ihren Titeln aufgeführt worden sind, heißt es zum Schluß des Artikels: „Wenn auch diese Aufzählung noch nicht vollständig ist, so läßt sie doch erkennen, welche Ausdehnung die gewerkschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete gewonnen hat. Diese Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeit von amtlicher Stelle ist recht beachtenswert. Bei alledem sollte man aber endlich einmal dazu übergehen, von Reichs wegen eine allgemeine Lohnstatistik zu schaffen. Die Notwendigkeit hierzu kann von keiner Seite bestritten werden.“

Die Erkenntnis kommt etwas sehr spät! Im Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands, in der „Eiche“, finden wir am Schluß einer Osterbetrachtung folgende bemerkenswerten Sätze: „Aber wie kommt es, daß auch in den Reihen unserer Mitglieder eine gewisse Versammlungsmüdigkeit sich sehr bemerkbar macht? Genügt unsern Mitgliedern der mitunter recht trodene Stoff unserer Tagesordnung nicht mehr? Verlangen sie etwas kräftigere Kost? Ich glaube, hier liegt der Haken. Die Neutralität der Gewerkschaften in allen Ehren, aber würde es der Organisation schaden, wenn auch in den Ortsvereinsversammlungen Vorträge, selbst wenn sie einen politischen Beigeschmack hätten, gehalten würden? Nein und abermals nein, denn die wirtschaftlichen Fragen lassen sich ja gar nicht rein von den politischen trennen. Deshalb sollten auch unsere Kollegen sich mehr als bisher den politischen Parteien anschließen, damit wir auf die Parteipresse und durch diese Einfluß auf das öffentliche Leben be-

kommen. Darum sollen wir alle Kräfte anspannen, um dieses zu erreichen. Dann wird auch in unserm Gewerkschaftsbereich der Frühling einziehen.“

Es wundert uns gar nicht, daß der früher maßgebende Harmoniebüffel allmählich aus den Gehirnen der Gewerkschaften verweht und daß sie statt der matten Stimme der Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Unternehmern eine „etwas kräftigere Kost“ verlangen. Die kapitalistischen Scharfmacher sind ja mit Macht darauf aus, auch den letzten denkenden Arbeiter aus dem Traume von der Harmonie ganz unsanft aufzuwecken. Und was die Beschäftigung mit politischen Fragen anbetrifft, so müßten ja die Arbeiter große Seligkeit sein, wenn sie es den Unternehmern und Agrariern allein überlassen, Politik zu treiben. Dann würden die Arbeiter noch gründlicher über den Rüssel barbiert werden, als es leider heute schon der Fall ist.

Ein schreckliches Verbrechen, das sonst wohl unentdeckt geblieben wäre, wird durch die in Berlin erscheinende „Handwerkerzeitung“ ans Licht gezogen. Man lese nur: „Die Düsseldorf Sozialdemokratie ist gegenwärtig mit der Erbauung eines neuen Gewerkschaftshauses beschäftigt, das einen Kostenaufwand von 1 070 000 Mark erfordern wird. Daran wäre ja nichts Merkwürdiges, aber merkwürdig ist die Finanzierung dieses Unternehmens, denn man höre: Die erste Hypothek in Höhe von 600 000 M. hat die Sparkasse der Stadt Düsseldorf gegeben.“

Da faßt man sich wohl am Kopfe (an den Kopf, liebe Handwerkerzeitung!) und fragt, wie so etwas möglich ist. Die gerade aus den Kreisen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Handwerker sich rekrutierenden Spargäste legen ihre sauer genug erworbenen Spargroschen doch sicher nicht mit der Absicht in die städtische Sparkasse Düsseldorf ein, damit deren Verwaltung sie verwendet zu direkter Förderung und Unterstützung sozialdemokratischer Einrichtungen, die alle in ihren Endzielen auf des Handwerker- und Kleinhandelsstandes Vernichtung gerichtet sind.

Solche Geschäftspraktik der Düsseldorf Stadtsparkasse kann unmöglich gebilligt und gebuhlet werden, denn das führt nur zur Kräftigung und Stärkung der schlimmsten Feinde des Mittelstandes. Dieser kann mit seinen Notargroschen aber wohl besseres tun, als damit die Pöbel der Sozialdemokratie fördern helfen. Einer Spargastensverwaltung, die den Kleinhandwerkern und Kleinkaufleuten solchen Schaden tut, entzieht man das Vertrauen und, was die Hauptsache ist, die Spareinlagen, dann kann sie sehen, woher sie billiges Geld für ihre Schlingel nimmt.“

Wie liegt denn in Wirklichkeit die Sache? Die Düsseldorf Gewerkschaften wollen sich ein eigenes Heim bauen und leihen sich dazu — als erste Hypothek — 600 000 M. von der städtischen Sparkasse. Das Geld steht bombensicher und die Zinsen werden prompt bezahlt. Nun ärgern sich die Kranten und stellen sich an, als ob sie allein ihre sauer genug erworbenen Spargroschen in die Kasse brächten, während auch die Arbeiter und deren Vereine ihr Geld dort belegen. Anstatt daß sich die Kranten freuen sollten, daß ihr Geld sicher und eintragend angelegt ist, stänkern sie noch obendrein und wollen der Sparkasse ihr Vertrauen entziehen — eine pyramidale Dummheit, die man selbst diesen geistig Armen kaum zutrauen sollte.

Uebrigens erhebt es im Hinblick auf diesen Fall doch wohl angebracht, wieder einmal die Frage anzuschneiden, ob nicht die klassenbewußten Arbeiter und Arbeitervereine besser daran täten, ihr Geld in eigene Verwaltung zu nehmen, anstatt es kapitalistischen Instituten zu leihen. Diese Frage wird immer brennender und ihre Lösung immer dringender.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband im Jahre 1908. Dem Jahre 1908 hat die wirtschaftliche Krise ihren Stempel aufgedrückt. Die schlechte Geschäftslage hat aber die Lohnbewegungen im Holzarbeiterberuf nicht zum Stillstand gebracht. Im allgemeinen handelte es sich jedoch im Jahre 1908 um kleinere Kämpfe, so daß, wenn auch die Gesamtzahl der geführten Streiks an die des Vorjahres nahezu heranreicht, doch die Zahl der Beteiligten und die Kosten der Streiks weit hinter denen des Jahres 1907 zurückbleiben. Die Zahl der Angriffsstreiks betrug im Jahre 1908 55 mit 2028 Beteiligten gegen 141 mit 6924 Beteiligten in 1907. Die Zahl der Abwehrstreiks stieg von 78 mit 1218 Beteiligten im Jahre 1907 auf 159 mit 3476 Beteiligten im letzten Jahre. Auch die Zahl der Ausperrungen stieg von 49 auf 52, doch konnte mit 22833 die Zahl der 1907 Ausgesperrten von 30 836 nicht erreicht werden. Das Jahr 1907 stand eben unter dem Zeichen der von den Unternehmern inszenierten und so glänzend verlorenen Wachtprobe. Im Jahre 1908 hatte der Verband eine andre Probe zu bestehen, die Probe auf die Leistungsfähigkeit seiner Unterstützungsleistungen. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat im Jahre 1908 insgesamt an Unterstützungen M. 9 123 288 ausgegeben. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 143 125, somit kommt auf den Kopf des Mitgliedes im Jahresdurchschnitt ein Unterstützungsbeitrag von M. 21,82. Dieser Betrag ist ein glänzendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der Organisation. Trotz der gewaltigen Unterstützungsbeiträge, die ausgegeben werden mußten, hat sich das Vermögen des Verbandes gehoben. Der Klassenbestand der Hauptkasse ist um M. 97 249 gestiegen und das Vermögen des Verbandes beträgt einschließlich der Bestände in den Gau- und Lokalkassen M. 8 447 607. Beträübend bleibt bei alledem die Tatsache, daß der Verband im Jahre 1908 wiederum einen Mitgliederverlust erlitten hat. Die Mitgliederzahl ist von 147 492 am Schlusse des Jahres 1907 auf 144 259 zurückgegangen, das bedeutet einen Verlust von 3233 Mitgliedern oder 2,2 Prozent. Immerhin läßt sich eine kleine Besserung konstatieren, denn im Jahre 1907 betrug der Mitgliederverlust 4225 oder 2,8 Prozent. Inzwischen hat die intensive Agitation und die leise Besserung der Konjunktur, die sich da und dort bereits zu zeigen beginnt, auch angefangen, sich im Mitgliederstand wiederzuspiegeln. Die Mitgliederziffer beginnt sich wieder zu heben und die Hoffnung ist begründet, daß bald laufende Jahr eine Steigerung bringt.

Eine Ausstellung des Glens, so schreiben die Zeitungen, soll der nächstjährigen Weltausstellung in Brüssel angegliedert werden. Der geistige Vater dieses Gedankens ist der sozialistische Brüsseler Stadtverordnete Camille

Schumann, der sich die Sache so gedacht hat, daß auf der Ausstellung ein Arbeiterviertel eingerichtet wird, das als Mittelpunkt eine große Halle und einen Vortragssaal enthält. In dieser Halle sollen ausgestellt werden die Erzeugnisse der belgischen Heimarbeit, mit Angaben der Löhne, der Arbeitszeit, der gesundheitlichen Bedingungen in den Arbeitszimmern usw. Dazu erläuternde Tabellen, graphische Darstellungen usw. Rings um die Halle läuft eine Laufgalerie, auf der die Arbeiter unter Wetterdächern vor den Augen des Publikums tätig sein können. Um die Halle herum gruppiert sich ein halbes Dutzend Arbeiterhäuschen, im Innern wie im Innern getrennt nach der Natur kopiert: und zwar Häuser der flandrischen Weber, der wallonischen Nagelschmiede und Waffenarbeiter. In diesen dumpfigen Räumen hätten die Arbeiter genau unter denselben schwierigen Verhältnissen zu schaffen, wie daheim. Das Publikum, noch unter dem Eindruck der gewaltigen Maschinen und kunstvollen Erzeugnisse der Großindustrie, sähe sich hier ohne jeden Übergang vor das Elend der Heimarbeit gestellt und würde damit erst den wahren Begriff von der sozialen Lage ganzer Arbeiterdistrikte erhalten. Der Plan von Camille Schumann ist zweifellos schön, aber ausführbar und der Aufschauungswert der Weltausstellung könnte auf diese Weise nur gewinnen. Vor allen Dingen würde aber das soziale Gewissen des Publikums geschärft, das immer nur die elegant eingerichteten Räume zu sehen bekommt, wo die Waren verkauft werden, das aber keine Ahnung hat von den erbärmlichen Höhlen, in denen die herrlichen Gegenstände hergestellt werden.

Kein Mensch will zahlen! Unsere Leser kennen das schöne Lied von den beiden edlen Polen, worin es heißt: „Und da keiner wollte zahlen, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von den beiden, ein System, das sich empfiehlt.“ Gerade das umgekehrte System beobachtet man heutzutage bei der notwendig gewordenen Finanzreform des Deutschen Reiches, denn jeder wünscht, daß der andere zahlen soll. Als Illustration hierzu haben wir ein paar Sätze aus einer Resolution heraus, die der Gesamtvorstand des Verbandes jüdischer Industrieller kürzlich angenommen hat. Es heißt da: „Angeichts der Einmütigkeit der weitesten Kreise, als Norm der Besitzener die Erbschafts- bzw. Erbschaftsteuer zu wählen, muß es jedoch entschieden zurückgewiesen werden, wenn die konjunktive Kraktion des Reichstages veranlaßt, diese allgemeine Besitzsteuer u. a. durch eine Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere, also durch das Herausgreifen einer bestimmten Art des Vermögenserwerbes zu ersetzen, um so mehr, als bei der Steigerung des Wertes von Wertpapieren von einem „unverbienten“, im wesentlichen durch die Aufwendungen von Staat und Gemeinden hervorgerufenen Wertzuwachs nicht gesprochen werden kann. Es erscheint vom finanziellen Standpunkt aus auch als völlig unbillig, einen wesentlichen Teil der Reichseinnahmen auf derartig schwankenden, in Zeiten niedrigerer Konjunktur gänzlich versinkenden Erträgen aufzubauen. Der Verband protestiert daher dagegen, daß an Stelle einer jeden erworbenen Besitz treffenden Besteuerung eine solche gewählt werde, welche dazu bestimmt ist, aus Rücksicht auf einen Berufs-zweig, nämlich auf die Landwirtschaft, Handel und Industrie einseitig zu belasten.“

In diesem Punkte sieht sich der Verband um so mehr veranlaßt, als die sozialpolitische Beschaffung der nächsten Jahre der deutschen Industrie bedeutende Lasten auferlegen dürfte. Durch die beschlossene Einführung der Witwen- und Waiserversicherung für die Arbeiter, durch die Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber zu den Kosten der Krankenversicherung, die Einbeziehung der hausindustriellen Arbeiter in die Krankenversicherung und die Pensionsversicherung der Privatangestellten werden die deutschen Arbeitgeber mit jährlichen Mehrausgaben von etwa 150 Millionen Mark belastet, zu denen der Anteil der Arbeitgeber an den Beiträgen zur Reichsfinanzreform hinzukommt. Die Aufbringung dieser Mittel erfordert die Einziehung der höchsten Energie seitens der deutschen Industriellen und Kaufleute, zumal diese Belastung in eine Zeit fällt, in der eine niederwühlende Konjunktur auf allen Gebieten des gewerblichen Schaffens sich geltend macht, und der Auslandsmarkt durch exorbitante Zollserhöhungen einzelnen Ländern sich gegen die deutsche Industrie abzuschießen beginnt.“

Wenn man die Klagen und Seufzer hört, die unsre „nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ ausstoßen, wenn eine neue Steuer in Sicht ist, so sollte man glauben, daß der Dolles groß sei. Die Landwirtschaft kann nicht zahlen, die Industrie kann nicht zahlen, der Handel kann nicht zahlen — nur die Arbeiter können und müssen zahlen. Das nennt man soziale Gerechtigkeit!

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ markiert sittliche Entartung. Das sehr einträgliche Organ des Oberschichtmachers Freiherrn von Reischwiß druckt aus einer Gewerkschaftszeitung folgende Sätze ab: „Die Sozialdemokratie beteiligt sich an dem Kampf um soziale Reformen. Sie legt ihre ganze Kraft ein, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Aber sie ist weit davon entfernt, die Arbeiter einzig und allein auf den Segen der sozialen Reformen zu verweisen. Vielmehr begrüßt sie jeden sozialen Fortschritt als ein Mittel zur weiteren Kräftigung der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus überhaupt. Je kräftiger die Arbeiterklasse da steht, mit desto größerer Deutlichkeit und stärkerem Nachdruck kann sie ihren Klassenkampf führen.“

In diese Sätze werden nachstehende Bemerkungen geklopft: „Eine brutale Offenheit! Was also die bürgerliche Gesellschaft auch immer für die Arbeiterschaft tun mag, nach der sozialdemokratischen Lehre hat diese in der ihr erwiesenen Fürsorge nichts anderes zu sehen als ein Kräftigungsmittel, um gegen dieselbe bürgerliche Gesellschaft, von der die ganze Wohlfahrtspflege ausgeht, Sturm zu laufen. Wer dürfte dem Staat und der Gesellschaft einen Vorwurf machen, wenn sie unter diesen Umständen darauf verzichten, ihren erbitterten Gegnern immer neue Waffen darzureichen?“

Der Scharfmacherkuli stellt sich dumm und tut, als ob etwas Unerhörtes passiert sei. Und dabei weiß jedes politische Kind bereits, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig treibt im Hinblick auf das Zukunftsziel, die Mengehaltung der menschlichen Gesellschaft. Wozu also der Lärm? Und was die Wohlfahrtspflege der bürgerlichen Gesellschaft anbetrifft, so verwechselt der Zintertuli wohl Wohlfahrtspflege mit Ausbeutungsgier.

Arbeiterversicherung.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im ersten Vierteljahr 1909. Die vom Stat. Stat. Amt allvierteljährlich veröffentlichten Nachweise über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden zeigen für das 1. Vierteljahr 1909 ein leichtes Nachlassen des auf dem Arbeitsmarkt lastenden schweren Drucks. Da dies jedoch in eine Jahreszeit fällt, in der überhaupt eine Zunahme der Arbeitslosigkeit einzutreten pflegt, so kann von einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage kaum gesprochen werden: die mitgeteilten Arbeitslosenziffern übertreffen denn auch die aller Vergleichs quartale der früheren Jahre. An der Statistik sind diesmal 59 Gewerkschaftsverbände mit 1302706 Mitgliedern beteiligt. Davon waren am 27. März 40719 als arbeitslos am Ort und 3714 auf der Reise gemeldet, das sind 3,5 Proz. Am Schlusse der 8. Quartalswoche waren die entsprechenden Ziffern 49325 und 3587 oder 4,1 Proz. und am Schlusse der vierten 50601 und 3410 oder 4,2 Proz. Ein Vergleich mit den früheren Stichtagen ergibt folgendes Bild:

1904		1905		1906		1907		1908		1909	
	%		%		%		%		%		%
31. März	2,0	31. März	1,6	31. März	1,1	26. Jan.	1,7	25. Jan.	2,9	23. Jan.	4,2
						23. Febr.	1,6	22. Febr.	2,7	20. Febr.	4,1
						30. März	1,3	28. März	2,5	27. März	3,5
						27. April	1,3	25. April	2,8		
						25. Mai	1,4	23. Mai	2,8		
						29. Juni	1,4	27. Juni	2,9		
						27. Juli	1,4	25. Juli	2,7		
						25. Aug.	0,7	22. Aug.	2,7		
						30. Sept.	1,0	28. Sept.	2,7		
						28. Okt.	1,1	26. Okt.	2,9		
						24. Nov.	1,1	21. Nov.	3,2		
						29. Dez.	1,6	26. Dez.	4,4		

Die höchsten Arbeitslosenziffern an allen drei Stichtagen weisen die Glaser (17,5 Proz. am 27. März), Bildhauer (11,2) und Friseurgehilfen (11,3) auf. Bedeutend über dem Durchschnitt standen ferner noch die Kupferschmiede (7,4), Tapeziere (6,7), Seneffelder-Bund (5,9), Bäcker (5,6). Der deutsche Metallarbeiterverband zeigt sogar eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, indem die Arbeitslosigkeit, die Ende des letzten Quartals 4,2 Proz. betragen hatte, auf 4,3, 4,6 und 4,5 Proz. an den drei Stichtagen stieg. Dagegen ist die ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffer des Holzarbeiterverbandes (9 Proz. am 26. Dezember v. J.) im Laufe des Quartals auf 7,1, 5,7 und 4,5 Proz. herabgegangen. Im Vergleich sind die Arbeitsverhältnisse dauernd gut: 0,4 und 0,2 waren hier die Prozentsätze der Arbeitslosen an den ersten beiden und am letzten Stichtage.

Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, die die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Vierteljahres auf je 100 Mitglieder darstellt, war diesmal die größte aller bisher gemessenen. Sie betrug 12,7 gegen 11,2 im 4. und 9,2 im 1. Quartal 1908. Dabei trafen auf die weiblichen Mitglieder nur durchschnittlich 7,2 Fälle. Da die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise 3273948 betrug, so kamen also auf den einzelnen Fall durchschnittlich 22,7 Tage gegen 17,6 im vorhergehenden Quartal.

Hoffentlich bringt die nun einsetzende wärmere Witterung eine vermehrte Arbeitsgelegenheit, die die unter der Verteuerung und der langen Krise schwer leidenden Volksmassen sich wirtschaftlich etwas erholen läßt.

Baugewerbliches.

An die baugewerblichen Arbeiter in Preußen, Pommern und Brandenburg. Hiermit berufen wir im Einverständnis mit den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiterorganisationen Berlins (Zentralverbände) eine Konferenz am Sonntag den 13. Juni d. J. nach Berlin, Engel-Platz 15, Gewerkschaftshaus, ein.

Als vorläufige Tagesordnung geben wir bekannt: 1. Der Bauarbeiterstreik in Preußen und die Stellung der Norddeutschen Baugewerkschaftsvereinsgenossenschaft. 2. Diverse Anträge.

Wir eruchen die Organisationen der oben genannten Provinzen, Stellung dazu zu nehmen und Delegierte zu wählen. Der Ertrag halber dürfte es sich empfehlen, wenn sich die Organisationen (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachbeder, Klempner, Rohrlieger, Töpfer, Stuckateure, Maler, Glaser, Steinarbeiter), da diese die Kosten zu tragen haben, verständigen.

Es würde genügen, wenn sich die Außenarbeiter sowohl wie die Innearbeiter bei der Wahl der Delegierten auf bestimmte Personen einigen.

Die Bauarbeiterstreikkommission Berlin.
J. A. G. Link.

Gerichtliches.

Die schwarzen Listen, die guten Sitten und das Reichsgericht. Der Gürtler S. hat gegen die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten Schadenersatzansprüche wegen verhängter Sperre und Einbeziehung des Handzettels erhoben. S. war als Gürtlerlehrling bei der Firma K. in Berlin tätig und ist von ihr vor Beendigung seiner Lehrzeit entlassen worden, da er, von dem Chef im Gespräch mit Streikposten angetroffen, diese nicht miß, sondern trotz Verbots weiter mit ihnen verkehrte. Es wurde ihm infolgedessen auch der Handzettel nicht ausgehändigt, den er zur Erlangung von Arbeit nötig hatte. S. klagte gegen die Vereinigung auf Aushängung des Handzettels, Aufhebung der Sperre und Ersatz für den ihm durch die bläuliche Arbeitslosigkeit entstandenen Schaden. Die beklagte Vereinigung bestritt, daß eine Sperre bestanden habe. Die Aushängung des Handzettels sei dem Kläger nur deshalb verweigert worden, weil er nicht als Gürtler ausgelehrt habe. Uebrigens hätten neben den 110 Verbandsbetrieben mit 6352 Arbeitern noch 101 Betriebe mit 4103 Arbeitern bestanden, die nicht dem Verbands angehörten. Das Landgericht erkannte den Klageanspruch des Klägers auf Entschädigung dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Es begründete: Eine derartige Ausperrung sei nicht unter allen Umständen schon deshalb unzulässig, weil sie gegen § 113 der Gewerbeordnung verstoße. Dieser Paragraph bezwecke nur die Freibehaltung der Erzeugnisse des Arbeiters vor solchen Vermerken, die denselben in einer aus dem Wortlaut nicht ersichtlichen Weise kennzeichnen. Allerdings sei auch der allgemein stiftliche Gesichtspunkt in § 113 der Gewerbeordnung enthalten, daß dem Arbeiter nicht durch eine — an sich vielleicht gerechtfertigte — tadelnde Beurteilung eines einzelnen Arbeitgebers für alle Zukunft die Arbeitsmöglichkeit unbillig erschwert werden soll. Aus diesem Gesichtspunkt heraus könne eine vorsätzliche Schädigung durch den Arbeitgeber, den Verband, in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise gefunden werden. Ein Recht auf

Arbeit gebe es nicht, jedoch widerspreche es den heutigen sittlichen Empfindungen eines normal denkenden Menschen, daß dem einzelnen durch den organisierten Willen der wirtschaftlichen Gegner ohne Grund die Möglichkeit dazu abgeschnitten oder wesentlich erschwert werde. Nach den tatsächlichen Feststellungen habe die Ausperrung des Klägers einen recht einschneidenden Einfluß auf dessen Erwerbsmöglichkeit ausgeübt. Dieser Schädigung gegenüber erweise die von dem Kläger angeblich begangene Verfehlung zu gering, um diese einschneidenden Maßnahmen der Vereinigung zu rechtfertigen. Das Benehmen des Klägers sei allerdings durchaus ungebührlich gewesen. Zur Schöpfung der Autorität des Chefs hätte es aber genügt, wenn ihm dies klar gemacht und er entlassen wurde. Die Jugend des Klägers habe hier berücksichtigt werden müssen. Nach alledem sei die Ausperrung als eine gegen die guten Sitten verstoßende anzusehen und deshalb stehe dem Kläger ein Recht auf Ersatz zu. Auf die Berufung der Beklagten wurde das Urteil des Landgerichts zu deren Gunsten vom Kammergericht insoweit abgeändert, daß Kläger mit seinem Anspruch auf Ausstellung des Handzettels abgewiesen wurde. Bezüglich des Schadenersatzanspruchs blieb es bestehen. Auch das Kammergericht hält durch die Arbeitsbeschränkung des Klägers eine vorsätzliche Schädigung für bargetan. Auf die Revision der Beklagten kam das Reichsgericht zur vollständigen Abweisung des Klägers. Zunächst legt der erkennende VI. Zivilsenat dar, daß auf Ausstellung eines Handzettels für alle Zeiten ein Anspruch nicht bestände. Bezüglich des Schadenersatzanspruchs könne von einem Verstoß gegen die guten Sitten keine Rede sein, so lange die Mitglieder der Vereinigung im guten Glauben gehandelt haben. Es könne vielleicht in Frage gezogen werden, ob die Feststellungen des Berufungsgerichts richtig sind, das sei hier in der Revisionsinstanz aber nicht zu erörtern. Wenn Kläger mit den Streikposten auch wirklich nicht unter einer Decke gesteckt habe, so sei doch nicht bargetan, daß S. und die Vereinigung Veranlassung gehabt hätten, dies zu bezweifeln. Wenn die tatsächliche Feststellung des Kammergerichts jedoch zuträfe, dann sei auch das Verhalten des Verbandes gerechtfertigt.

Die Auffassung des Berliner Landgerichts entspricht offenbar dem sittlichen Empfinden eines normal denkenden Menschen, dagegen erscheint die Stellungnahme des Reichsgerichts durchaus falsch und tadelnswert. Denn das Reichsgericht spricht einer Scharfmachervereinigung das Recht zu, einen ihr mißliebigen Arbeiter auf immer von der Arbeit auszusperrn zu dürfen, ohne dafür Schadenersatzpflichtig gemacht werden zu können. Den Scharfmachern wird ob solcher Gerechtigkeit das Herz im Leibe lachen. Das Reichsgericht gibt es ihnen schwarz auf weiß, daß sie durch ihre brutalen Aussperrungsmaßregeln belibbe nicht gegen die guten Sitten verstoßen, denn sie handeln ja — natürlich immer! — im guten Glauben! Wer nun noch daran zweifelt, daß das Reichsgericht nicht das nötige soziale Verständnis für die zwischen Unternehmern und Arbeitererschaft sich abspielenden Kämpfe und die sich dabei offenbarende Ungleichheit der Machtmittel besitzt, der befindet sich nicht — im guten Glauben!

Vom Ausland.

Oesterreich. Nach Wien und Meran (Tirol) muß Bezug strengstens ferngehalten werden.

In Neustadt a. d. E. (Nordböhmen) ist die Werkstätte Leibl gesperrt.

Ungarn. Nach Budapest ist Bezug von Malern, Anstreichern und Lackierern streng fernzuhalten.

Gesperrt sind die Städte Nassa, Selescherbar, Temesvar. Die Franz. Schloßhüttliche Leistenberggoldgrube und die Anstreichwerkstätte Johann Felderbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Geb. Beer in Aermatt. In Baden, Wettingen, Turai, Thur i. U. und Brugg befinden sich die Maler im Streit. Die Orte sind strengstens zu meiden!

Solland. In Lochen und Zutphen dauert die Ausperrung noch fort. Bezug muß ferngehalten werden.

Verchiedenes.

Böblingen, Toteninsel und „Frühlingstag“, rabiert von Max Klinger, zwei der schönsten Blätter des modernen Kunsthandels werden von der „Neuen Kunstvereinsung“ in Berlin W. 35 ihren Mitgliedern als Jahresgabe für 1909/10, in großen Imperial- und Grand-Gravuren (60,80 Zentimeter), Bezugspreis für Nichtmitglieder 60.— M., kostenlos geliefert. — Der Zweck der Vereinigung, zu deren Vorstand die verstorbenen Ernst von Hilberich und Walter Reistkow bis zu ihrem Tode gehörten, und die Herren Gerhard Hauptmann, Engelbert Hammerdink, Max Liebermann, Otto Julius Bierbaum, Wilhelm Raabe noch gehören, ist die Pflege und Unterstützung jeder wahren

Kunst. Zur Aufnahme in die Vereinigung ist jedermann berechtigt...

Technisches.

Patentschau. Vom Verbands-Patentbureau D. Krüger u. Co., Dresden...

Angemeldete Patente.

- Nr. 75 b. S. 45 037. Verfahren zum Verzieren von durch Breiten oder Brägen hergestellten Gebilden...

Gebrauchsmuster.

- Nr. 9. 374 957. Pinselstiel mit Ueberzug aus elastischem Gummi...

Literarisches.

Kachblatt für Holzarbeiter. Heft 5 des vierten Jahrgangs, Mai 1909...

Der fünfte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907...

Stellungen sind an S. Rube, Engel-Ufer 15. Berlin S.O. 16...

Neuenschaftsbericht des Vorstandes des Bildhauerverbandes...

Geschäftsbericht der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Chemnitz...

Reinsoorth. Dieser historische Roman des berühmten schottischen Romandichters Walter Scott...

Der Bibliothekar. Monatschrift für Arbeiterbibliotheken (Verlag Leipzig, Tauchaerstr. 19/21)...

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens. Ein Vortrag gehalten vor Berliner Arbeitern...

Der Deutsche Buchbinderverband im Jahre 1908. Selbstverlag des Buchbinderverbandes...

Sterbetafel.

- Freiburg. Am 12. Mai starb unser langjähriges Mitglied Josef Burger an Weierergiftung...

Ehre ihrem Andenken!

Berichtigung. Zu dem in der vorigen Nr. des V.-A. veröffentlichten Protokoll des Gantartikamtes...

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Bericht der Hauptkasse vom 18. bis 24. Mai. Eingekandt wurde für die Hauptkasse...

Machen 1000 B. a 55 S.; Bremen 10 000 B. a 60 S. 100 C., 5 D.; Erfeld 1000 B. a 60 S.; Danzig 2 S.;

S. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle

der Maler und verw. Berufsgruppen Deutschlands

(Eingekandtes Gantartikamtes Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 18. bis 22. Mai. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen...

Zufüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesetzt an Schreiner-Freiburg i. Baden 200 M.;

Krankengelder erhielten Buchn. 23223, J. Steverz in Stellan i. Holstein, 20.25 M.;

Die örtlichen Verwaltungen werden ersucht, die Marken a 60 Pfg. und a 80 Pfg. bei der Abrechnung...

F. S. Busse, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Berlin.

Wer den Aufenthalt bzw. die genaue Adresse des Malers Paul Höncke, geb. am 19. Juni 1878 in Königsberg...

Zwei Malergehilfen

jüngere, mittlere Arbeiter, gesucht. Rob. Becker, Perleberg.

Malergehilfen stellt ein

Carl Bobzin, Siegsdorf bei Traunstein (Oberbayern).

Malergehilfe

perfekt in Firmenschriften, sowie mehrere tüchtige Malergehilfen gesucht. F. Witt, Sonderburg a. Nien.

Kollegen Berlins!

Habe ein Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben-Geschäft eröffnet und bitte um gefl. Zuspruch. (Neue und getr. Garberobe.) S. Ingber, Kastanien-Allee 58.

Sehr günstig für Maler.

Wiederverkäufer oder Reisende auf Provision werden für ein patent. Werkzeug gesucht. Hohe Provision. Man verlange Off. von R. Schorl, Dahnungen (Baden).

Achtung Kollegen!

Wo lassen sich die Kollegen von Wiesbaden und Umgegend photographieren? Bei den Koll. Gebrüder Kaiser, Maler u. Photograph. Atelier: Mittelbaderstraße 4.

Für nur 3 Mark

(Porto 50 Pfg. extra) liefere ich jedem bei Bezugnahme auf den Vereinsanzeiger 3 Serien hübscher Malvorlagen (Blumen, Früchte, Stillleben, Heraldik etc.)...

Zum Selbst-Unterricht!

Neue Holz- und Marmor-malereien.

Serie I Holzmalereien 3. Auflage Mk. 18.00 | Druckfläche 32x48 cm. Serie II Marmor-malereien 2. Auflage Mk. 15.00 | Beide Mk. 32.00.

Forenrollen per Paar (1 u. 2 1/2 Zoll) Mk. 6.00, einzelne 3 Zoll Mk. 4.50. Sämtliche Plasel etc. für die Holz- und Marmor-malerei!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Spezialechule für Holz- und Marmor-malerei.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. — Prospekte gratis und franko. —

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2-monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegefragen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang jezt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.

Hosen aus Nesselfstoff 2. — M. Mützen 40 S. Dress-Hosen und Jacken a 2.80 M. Extra-Größen 3. — M. 11. Qualität 25 S. billiger.

Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 18, I.

Maler-Mäntel und -Hosen

fertigt aus ausprobierten Qualitäten mit Umlege- und Stehfragen, schrägen und gleichen Taschen

Die Berufskleidung - Spezialfabrik von Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Mitterstr. 2-4. NB. Der Versand geschieht portofrei nach allen Orten. Verlangen Sie Preisliste frei Haus.

Sommerskursus für Holz- und Marmor-Malerei

Dienstags und Freitags, abends 8-10 Uhr, pr. Monat Mk. 5.— H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Bernsfliebung

ist anerkannt die beste. Berlin N., Brunnenstraße 119. Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach außerhalb.

Maler-Rittel

prima Messel 110 120 130 140 mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 M. extra schwerer Messel ab. Ober m. Faltenfalten 3.— 3.25 3.25 3.50 M. Dress-Hosen und Jacken Mk. 1.50, 2.45, 3.50.

Mod. pratt. Schriftenheft

1.50 Mk. und 80 Pfg., ferner Anleitung zum Schrifteneinteilen von König 2.70 Mk., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reiche 2.50 Mk., 20 Decktuben 4 Mk., Malerkästler und Malerleder billig.

P. Steet,

Nürnberg, Ob. Würthstr. 18.

Achtung Maler! Kursus in der Glasschilder-malerei ert. B. Köhner, Hamburg, Eifestr. 37, II. Glanzgold, Mattgold, Silber, sow. körnig Aetzen. Auswärts brieflich. — Erfolg unter Garantie.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Oeffen i. Weff.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten

Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Palettsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blafewikerstr. 64.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582. Swierzy-Malerei

Das Porträt der Zukunft! Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie. z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.— Absolute Aehnlichkeit garantiert.

Täglich hervorragende Anerkennungen. Preisliste gratis und franko. Richard Swierzy, Ges. m. b. H. Berlin S. O., Oranienstr. 70.

Grosser Nebenverdienst!

Restaurant „Klosterschenke“.

Dresden-Mittstadt, Ede Alken- u. Sellerg. Verkehrslokal der Maler, Lackierer, Anstreicher. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Sachabend. Gaststube der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstückss. Mittags- und Abendessen bei billigen Preisen. ff. Wiere. August Heinrich.

Am 10. Mai starb unser langjähriges Mitglied und früherer Vorsitzender.

Curt Fischbeck

nach kurzer heftiger Krankheit (Lungenentzündung). Sein Andenken hält in Ehren (2.40 M) Die Filiale Hamborn.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 21 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart. Hamburg, Schmalenbekerstraße 17. Verlag von S. Wentler, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 28.